

**Wenn Rot/Grün gewinnt,  
geht die Schweiz kaputt!**

**Dokumentation über die katastrophalen Auswirkungen  
der linken Politik der Neunzigerjahre**

**Arbeitspapier der Schweizerischen Volkspartei im Hinblick auf die  
Eidgenössischen Wahlen 2007**

**April 2007**



**Schweizerische Volkspartei**

Generalsekretariat

Postfach 8252

3001 Bern

Postkonto 30-8828-5

E-Mail: [info@svp.ch](mailto:info@svp.ch)

[www.svp.ch](http://www.svp.ch)

Auf einen Blick:

## ***Wie die Linken die Schweiz kaputt machen***

- **Verschuldung und Verschwendung**
- **Immer mehr Steuern, Gebühren und Abgaben**
- **EU-Beitritt statt Selbstbestimmung**
- **Aushebelung demokratischer Entscheidungsmechanismen**
- **Immer weniger Freiheit, immer mehr Gesetze**
- **Ausländerpolitik: Noch mehr Zuwanderungsprobleme**
- **Die Folgen linker Bildungspolitik**
- **Aufgeblähter Sozialstaat: Bezahlen ohne Ende?**
- **Drogenpolitik auf Abwegen**
- **Naive Energiepolitik**
- **Verkehrspolitik: Linkes Fiasko**

## Inhaltsübersicht

<b>I. Bürgerlich oder Rot/Grün – das Jahr der Entscheidung</b>	<b>4</b>	3.5	Wirtschaft und Bundesrat sagen heute Nein zum EU-Beitritt	19
<b>II. Was die Linken und ihre Mitläufer anrichten</b>	<b>6</b>	3.6	Aussenpolitischer Aktivismus schwächt die Schweiz	19
1. Verschuldung und Verschwendung	6	<b>4. Ausbeutung demokratischer Entscheidungsmechanismen</b>	<b>20</b>	
2. Immer mehr Steuern, Gebühren und Abgaben	6	4.1	Von der «Verwesentlichung» der Volksrechte	20
3. EU-Beitritt statt Selbstbestimmung	6	4.2	Der Einbürgerungsentscheid wird zum Verwaltungsakt degradiert	21
4. Aushebelung demokratischer Entscheidungsmechanismen	6	4.3	Moralismus statt Klartext reden	21
5. Immer weniger Freiheit, immer mehr Gesetze	6	4.4	Unterdrückung der Meinungsäusserungsfreiheit	22
6. Ausländerpolitik: Noch mehr Zuwanderungsprobleme	7	<b>5. Immer weniger Freiheit, immer mehr Gesetze</b>	<b>24</b>	
7. Die Folgen linker Bildungspolitik	7	5.1	Werbeverbote und Diskriminierung von älteren Menschen	25
8. Aufgeblähter Sozialstaat: Bezahlen ohne Ende?	7	5.2	Unverantwortliche Belastung unserer KMU	25
9. Drogenpolitik auf Abwegen	7	5.3	Linke Unterwanderung der freien Meinungsäusserung	26
10. Naive Energiepolitik	7	5.4	Gegen Bürokratie, Überregulierung und unnötige Gesetze	26
11. Verkehrspolitik: Linkes Fiasko	7	<b>6. Ausländerpolitik: Noch mehr Zuwanderungsprobleme</b>	<b>28</b>	
<b>III. Die katastrophalen Auswirkungen linker Politik</b>	<b>8</b>	6.1	Wieder mehr Asylanten und Asylbetrüger	29
<b>1. Verschuldung und Verschwendung</b>	<b>8</b>	6.2	Unkontrollierte Zuwanderung	30
<b>2. Immer mehr Steuern, Gebühren und Abgaben</b>	<b>9</b>	6.3	Ausländer belasten unsere Sozialwerke	31
2.1 SP untergräbt Unternehmertum und sorgt für hohe Steuern	9	6.4	Verhätschelte Kriminelle und Kriminaltourismus	32
2.2 Belastung der Steuerzahler steigt ins Uferlose	10	6.5	Ausländerkriminalität	33
2.3 Das Steuerwunschkonzert der Linken	11	6.6	Jugendgewalt	34
2.4 Was der Staat den Bürgern schon wegnimmt	14	6.7	Linke fordern die kollektive Aufnahme der Sans-Papiers	35
<b>3. EU-Beitritt und Internationalismus: Die Schweiz wird verkauft</b>	<b>16</b>	6.8	Unglaubliche Explosion der Einbürgerungszahlen	36
3.1 Auch FDP und CVP wollen in die EU	16	6.9	Stete Zunahme der Zuwanderung	36
3.2 Negative Folgen eines EU-Beitritts	17			
3.3 Schwächung des Finanzplatzes	18			
3.4 Untergrabung der schweizerischen Souveränität	18			

<b>7. Die Folgen der linken Bildungspolitik</b>	<b>38</b>
7.1 Kuschelpädagogik statt Wettbewerb und Leistungsprinzip	38
7.2 Falsche Einwanderungspolitik führt zu Problemen an Schulen	38
7.3 Verschwendung und ineffizienter Einsatz der Mittel	39
7.4 Immer mehr Geld für immer weniger Leistung?	39
<b>8. Aufgeblähter Sozialstaat: Bezahlen ohne Ende?</b>	<b>40</b>
8.1 Anspruchsmentalität fördern statt Leistung und Erfolg belohnen	40
8.2 Gefährlicher Ausbau des Sozialstaats	41
8.3 Die SP als willfährige Gehilfin der Gewerkschaften	42
8.4 Missbräuche werden verleugnet	43
<b>9. Drogenpolitik auf Abwegen</b>	<b>44</b>
<b>10. Naive Energiepolitik</b>	<b>45</b>
<b>11. Verkehrspolitik: Linkes Fiasko</b>	<b>46</b>
11.1 Verzögerung beim Strassenbau – das Ergebnis linker Verkehrspolitik	46
11.2 Milliarden schwere Verluste durch Staus	46
11.3 Linke Lügen bei der Verlagerungspolitik	47
11.4 Bussenterror – Abzocken mit System	48
11.5 Konzentrierte Angriffe auf den motorisierten Individualverkehr	49
<b>IV. Anhang: Zahlen, Daten, Fakten</b>	<b>50</b>

# ***I. Bürgerlich oder Rot/Grün – das Jahr der Entscheidung***

**Am 21. Oktober 2007 entscheiden die Stimmbürger, ob die Schweiz in Zukunft von einer bürgerlichen oder einer rot-grünen Mehrheit regiert wird. Bei den Nationalratswahlen 2007 stehen sich zwei grundlegend verschiedene Konzepte gegenüber:**

**Das bürgerlich-freiheitliche Konzept der SVP, welche sich für den Erhalt der schweizerischen Werte einsetzt, und das sozialistische Konzept der rot-grünen Parteien, welches für mehr Staatsinterventionen, höhere Steuern und eine offene Schweiz für alle Ausländer – das heisst: unkontrollierte Einwanderung – steht.**

«Mein Zuhause – unsere Schweiz»: Unter diesem Titel präsentiert die SVP ihre Wahlplattform 2007 – 2011. Der Titel ist Programm: Die SVP setzt sich ein für eine lebenswerte Schweiz, die Unabhängigkeit und Freiheit des Vaterlandes, für tiefere Steuern, weniger Gesetze und mehr Sicherheit. Die Schweiz soll als Wirtschafts- und Werkplatz, aber auch als Wohnort schön und attraktiv bleiben. Diesen Zielen gilt das volle Engagement der SVP und ihrer Vertreter.

Seit 2003 hat die SVP vieles erreicht: Dank der SVP wurde das Asyl- und Ausländerrecht verschärft, der EU-Beitritt ist kein strategisches Ziel des Bundesrates mehr, es gibt zaghafte Fortschritte bei der Sanierung der IV, auf Bundesebene wurden keine zusätzlichen Steuern eingeführt, und der Bund schreibt das erste Mal seit Jahren wieder schwarze Zahlen. Zudem wird offen über bisherige Tabu-Themen diskutiert: Ausländerkriminalität, Entwicklungshilfe, Islamisierung oder auch das NEAT-Schuldenloch. All dies sind die Verdienste der hartnäckigen und konsequenten Politik der SVP.

## **Rot/Grün macht die Schweiz kaputt**

Diesem bürgerlich-freiheitlichen Konzept stehen die Ideen der rot-grünen Parteien gegenüber. Sie wollen ungeachtet der verheerenden finanziellen Situation die Sozialwerke weiter ausbauen. Gegen den Missbrauch unseres Sozialsystems unternehmen sie nichts: SP und Grüne haben bei der IV-Revision – also beim Kampf gegen die Scheininvalidität – Steine in den Weg gelegt, wo sie nur konnten. Auch den Kampf gegen den Asylmissbrauch wollen die Linken nicht führen; aus diesem Grund haben sie letztes Jahr sogar das Asyl- und Ausländergesetz bekämpft. Einbürgerungen sollen zum Verwaltungsakt degradiert werden und die Schweiz möglichst bald der EU beitreten.

## **Illusorische und verschwenderische Politik zwischen 1989 und 2003**

Die vergangenen 15 Jahre zeigen, was geschieht, wenn linke Ideen mehrheitsfähig werden: Höhere Schulden, immer mehr Steuern und Abgaben, Sicherheitsprobleme, Masseneinbürgerungen, unkontrollierte Immigration usw. Die fatalen Neunzigerjahre waren das Jahrzehnt der Linken und ihrer Mitläufer: Die Politik wurde von der unrealistischen Idee des ewigen Friedens, der Faszination internationaler Zusammenschlüsse (EWR, EU, NATO usw.) und der Verachtung gesellschaftlicher Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung und Verantwortung fehlgeleitet.

Die SVP ist angetreten, diese verheerende Politik zu korrigieren. Darum ist der Aufstieg der SVP zur wählerstärksten Partei auch eng mit der illusorischen Politik der Neunzigerjahre verknüpft.

## **Ein Sieg von Rot/Grün heisst: Rückfall in die Politik der Neunzigerjahre**

Höhere Steuern, mehr Gesetze, mehr Kriminalität, mehr Ausländer und mehr Missbräuche – dies wären die verheerenden Folgen, wenn die rot-grünen Parteien im Oktober 2007 gewinnen würden. Aus diesem Grund ist es nötiger denn je, dass die SVP noch einmal stärker wird und die Wahlen gewinnt. Denn die SVP ist die einzige Garantin für eine zuverlässige, bürgerliche Politik.

## II. Was die Linken und ihre Mitläufer anrichteten

### 1. Verschuldung und Verschwendung

Die Neunzigerjahre waren Jahre **der Verschwendung und der Verschuldung**. Die Ausgaben des Bundes wuchsen von 31,6 Mrd. Franken (1990) auf 52,4 Mrd. Franken (2006). Die Schulden des Bundes haben sich von 38,5 Mrd. Franken (1990) auf 130,3 Mrd. Franken (2005) erhöht. Rechnet man die Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden zusammen, ist eine Erhöhung von 97,7 Mrd. Franken (1990) auf 246,5 Mrd. Franken (2004)<sup>1</sup> festzustellen.

### 2. Immer mehr Steuern, Gebühren und Abgaben

Die **Zwangsabgabenquote** beträgt heute bereits über **60% des Bruttoinlandprodukts**. Trotzdem wollen die Linken die Steuern weiter erhöhen. Damit schwächen sie den Wirtschafts- und Werkplatz Schweiz und verschlechtern unsere Rahmenbedingungen.

### 3. EU-Beitritt statt Selbstbestimmung

Die Linken und ihre Mitläufer wollen **so schnell wie möglich in die EU**. Die SP schreibt in ihrer Wahlplattform 2007: «Der Bundesrat muss das Beitrittsgesuch zur EU rasch reaktivieren und rasch Beitrittsverhandlungen einleiten»<sup>2</sup>. SP-Präsident Hans-Jürg Fehr bestätigt: «Die Forderung nach einer raschen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur EU bleibt ein Postulat von uns»<sup>3</sup>. Aber auch CVP und FDP streben den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union an.<sup>4</sup> Ein EU-Beitritt bedeutet für die Schweiz: Aufgabe der Selbstbestimmung und Ende der direkten Demokratie.

<sup>1</sup> EFV, Rechnungsabschlüsse, Schulden.

<sup>2</sup> Wahlplattform 2007 der SP Schweiz, S. 41.

<sup>3</sup> Basler Zeitung vom 2. Dezember 2006. Auch in ihrer jüngsten Europaplattform («Die Zukunft der Schweiz liegt in Europa» vom Juli 2006) bekräftigt die SP, die Schweiz müsse umgehend Beitrittsverhandlungen aufnehmen.

<sup>4</sup> Entsprechende Beschlüsse von Delegiertenversammlungen wurden nie korrigiert.

<sup>5</sup> Europabericht 2006 vom 28. Juni 2006 (06.064), S. 6982.

Der Bundesrat rückt – dank des Einflusses der SVP – zunehmend von einem EU-Beitritt ab. Im Europabericht 2006 betrachtet die Regierung den EU-Beitritt nicht mehr als «strategisches Ziel», sondern «als längerfristige Option»<sup>5</sup>.

### 4. Aushebelung demokratischer Entscheidungsmechanismen

Weil die Linken den staatlichen Instanzen immer mehr Macht geben wollen, hebeln sie die demokratischen Entscheidungsmechanismen zusehends aus. **Die Strukturen der direkten Demokratie werden so untergraben und Verwaltung und Gerichte machen Politik**. Prominentestes Beispiel sind die Einbürgerungsentscheide, welche nach Auffassung der Linken zum Verwaltungsakt degradiert werden sollen.

### 5. Immer weniger Freiheit, immer mehr Gesetze

Wenn es nach den Linken geht, hat der Staat das Sagen. Die **persönliche Freiheit der Bürger ist sekundär**; auch die Handels- und Gewerbefreiheit ist für die rot-grünen Politiker vernachlässigbar. So nimmt die **Zahl der Gesetze, Verordnungen und amtlichen Erlasse** immer mehr zu. Im Jahre 2005 wurden über 6500 Seiten mit neuen Gesetzen veröffentlicht. 1950 waren es noch 1600 Seiten. Die systematische Sammlung des schweizerischen Rechts umfasst schon über **56 000 Seiten** – Tendenz steigend! Parallel dazu wachsen die Verwaltung und die Bürokratie. Das Nachsehen haben die Bürger, die Wirtschaft und das Gewerbe, welche diesen Unsinn über Steuern und Abgaben finanzieren müssen.

## 6. Ausländerpolitik:

### Noch mehr Zuwanderungsprobleme

Die Linken wollen die **Grenzen auf tun für alle**. So kommen **immer mehr illegale und gewaltbereite Ausländer** in unser Land. Drogenhandel, Zwangsprostitution, Kriminalität und Gewalt – dies gehört heute zum traurigen Alltag in der Schweiz. Mehr Arbeitslosigkeit, mehr Sozialmissbrauch und massive Probleme an den Schulen sind die Folge.

Die Linken **verharmlosen die Gewalttaten** von ausländischen Jugendlichen und die Vergewaltigungen von Kindern. Sie machen Täter zu Opfern. So kann es nicht weitergehen: Die SVP kämpft entschieden gegen die Verhätschelung von Gewaltverbrechern und Kriminellen. Und sie kämpft entschieden gegen den Missbrauch unserer Sozialwerke wie auch gegen die unkontrollierte Einwanderung.

## 7. Die Folgen linker Bildungspolitik

Kein europäisches Land gibt heute mehr Geld pro Schüler aus als die Schweiz. Doch in der internationalen «Pisa»-Studie zur Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler landen wir abgeschlagen im Mittelfeld.

Schuld daran ist namentlich die **linke Schulpolitik**. **Anti-autoritäre Pädagogik**, keine klaren Grenzen mehr, **keine Leistungsbeurteilung**, Disziplinlosigkeit, Unkonzentriertheit, **Unordnung** und Kuschelpädagogik bestimmen den Schulalltag. Dabei müsste die Leistung im Zentrum stehen, um unsere Kinder optimal für ihr Berufsleben vorzubereiten.

## 8. Aufgeblähter Sozialstaat:

### Bezahlen ohne Ende?

Die Linke **baut den Sozialstaat aus**, ohne sich um die Finanzierung der Sozialwerke zu kümmern. Rot/Grün fordert **Leistungen im Umfang von mehreren Milliarden Franken**. Bezahlen müssen die arbeitende Bevölkerung und die Wirtschaft. Wir stehen kurz vor dem Kollaps.

In den fatalen Neunzigerjahren wurde die **Anspruchsmentalität gegenüber dem Staat** gezüchtet. Statt in Eigenverantwortung zu leben, machte sich die **Hohle-Hand-Mentalität** breit. Die Linke fördert diese Mentalität, denn jeder staatsabhängige Bürger ist ein potenzieller Wähler für die Linken.

## 9. Drogenpolitik auf Abwegen

Die linken Parteien **verharmlosen die Drogen** seit Jahrzehnten. Sie wollen die Drogen legalisieren und vom Staat mit einer Drogenbürokratie kontrollieren lassen. Ziel der rot-grünen Politiker ist nicht die Abstinenz, sondern der **Aufbau einer staatlichen Betreuungsinfrastruktur**. Derweil steigen die **Kostenfolgen des Drogenkonsums** weiter in die Höhe: Bereits heute zahlt die Volkswirtschaft über 4 Mrd. Franken pro Jahr.

## 10. Naive Energiepolitik

Die Linke glaubt, mit **naiven Energiekonzepten** die Energieversorgung in der Schweiz sicherstellen zu können. Wirkungslose Projekte (z.B. Sonnenenergie) sollen mit Millionen von Franken gefördert werden. Umgekehrt bekämpft Rot/Grün die Kernkraftwerke, welche eine sichere und kostengünstige Energieversorgung garantieren. Mit ihrer **ideologischen Blockadepolitik** will die Linke die weitere Nutzung der Kernenergie verhindern. Dies schadet dem Wirtschaftsplatz Schweiz und vernichtet zudem Tausende von Arbeitsplätzen.

## 11. Verkehrspolitik: Linkes Fiasko

Die linken Parteien **schikanieren die Autofahrer** und machen alles, um den Ausbau des Nationalstrassennetzes zu verhindern. Stattdessen versickern Milliarden von Franken im öffentlichen Verkehr. 2002 wies die Eisenbahnrechnung ein **Defizit** von über 7,5 Mrd. Franken aus. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass die **Verlagerungspolitik gescheitert** ist – und niemand gibt es zu. Die Bilateralen Verträge haben Hunderttausende von Lastwagen in unser Land gebracht, welche unsere Autobahnen verstopfen.

Ein funktionierendes Verkehrsnetz ist eine zentrale Voraussetzung für eine florierende Wirtschaft und unseren Wohlstand. Doch Bundesrat Leuenberger und sein Departement setzen lieber auf **Verhinderungs- und Verteuerungspolitik**. Und die rot-grünen Regierungen der grossen Schweizer Städte machen alles, um den Autofahrern das Leben zu erschweren. Darunter leiden die Wirtschaft und das Gewerbe.

# III. Die katastrophalen Auswirkungen linker Politik

## 1. Verschuldung und Verschwendung

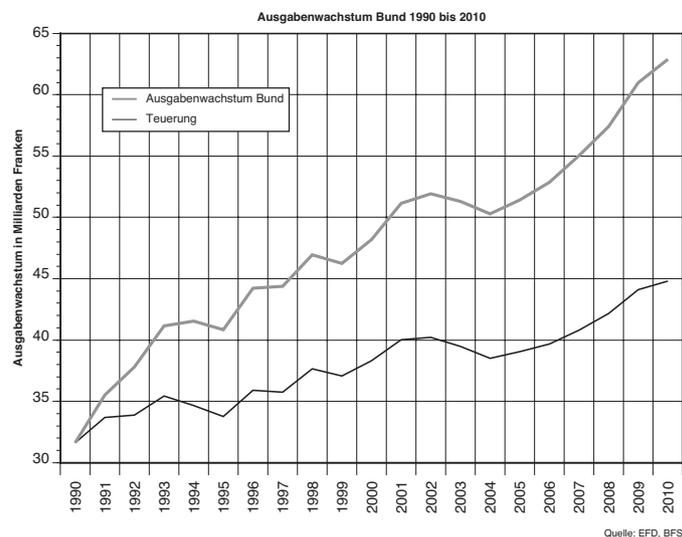
Die Neunzigerjahre waren Jahre der Verschwendung und der Verschuldung. Die Ausgaben des Bundes wuchsen von 31,6 Mrd. Franken (1990) auf 52,4 Mrd. Franken (2006). Obgleich seitens des Bundesrates Abbauvorgaben vorliegen, befindet sich der Ausgabenplafonds für den Voranschlag 2008 bereits bei 56,8 Mrd. Franken.<sup>6</sup> Laut Finanzplan 2008 – 2010 steigen die Ausgaben bis zum Jahr 2010 gar auf 62,9 Mrd. Franken an.<sup>7</sup>

Die **Schulden des Bundes** haben sich von 38,5 Mrd. Franken (1990) auf **130,3 Mrd. Franken** (2005) erhöht. Rechnet man die Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden zusammen, ist eine Erhöhung von 97,7 Mrd. Franken (1990) auf 246,5 Mrd. Franken (2004)<sup>8</sup> festzustellen.

Die Ausgaben des Bundes wuchsen weit schneller als die Volkswirtschaft. **Der Staat und seine Bürokratie beanspruchen heute fast jeden zweiten Franken, der in der Schweiz verdient wird:** Der Durchschnittsbürger unseres Landes arbeitet im Schnitt die ersten 156 Tage – also bis zu den Sommerferien! – ausschliesslich für den Staat.<sup>9</sup>

Die Linke und ihre Mitläufer reden gerne von Solidarität und Gerechtigkeit. Solidarität heisst aber immer: Der andere muss zahlen. Mit dem Solidaritätsgeschwätz will Grün-Links bloss an das Geld der arbeitenden Bevölkerung kommen. Die Linken wollen das Geld denen wegnehmen, die arbeiten und et-

was leisten.<sup>10</sup> **Zahlen für die linke Politik müssen immer die anderen – also wir.** Mit der Wahl eines zweiten SVP-Vertreters und der damit verbundenen bürgerlichen Mehrheit im Bundesrat konnte die Verschuldung stark verlangsamt werden. Per Ende 2005 betrug der Schuldenstand 130,3 Mrd. Franken. Per Ende 2006 kann sogar ein leichter Schuldenabbau von zirka 5 Mrd. Franken in Aussicht gestellt werden.<sup>11</sup>



<sup>6</sup> Medienmitteilung des Eidg. Finanzdepartements vom 14. Februar 2007.

<sup>7</sup> Finanzplan 2008 – 2010 (vgl. Medienmitteilung des Eidg. Finanzdepartements vom 14. September 2006). Die Staatsquote soll während dieser Jahre von 11,2 % (2006) auf 11,8 % (2010) ansteigen.

<sup>8</sup> EFV, Rechnungsabschlüsse, Schulden.

<sup>9</sup> Economiesuisse, Newsletter 5/2006.

<sup>10</sup> Siehe die Liste neuer Steuern und Abgaben in Kapitel 7 (Steuern und Abgaben).

<sup>11</sup> Dies hängt namentlich mit dem Verkauf von Swisscom-Aktien und der guten Wirtschaftslage zusammen.

## 2. Immer mehr Steuern, Gebühren und Abgaben

Die Linken wollen nur eines: **Geld, Geld und nochmals Geld**. Sie bedienen sich schamlos am Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger. Die rot-grünen Politiker **profitieren von der gigantischen Umverteilung** und wirtschaften in die eigene Tasche. Jeder linke und grüne Vorstoss zielt darauf ab, an mehr Geld zu kommen und den Menschen ihr Eigentum – ihr hart verdientes Geld – wegzunehmen. Niemand denkt egoistischer als die Linken, die **jedes Problem mit dem Geld der anderen lösen** wollen.

**So steigen nicht nur die Staatsausgaben immer mehr an, sondern auch die Einnahmen.** Während der Finanzplan 2008 – 2010 einen Anstieg der Ausgaben von heute 52,4 Mrd. Franken auf 62,9 Mrd. Franken (2010) vorsieht, beträgt das geschätzte **Einnahmenwachstum** in den Finanzplanjahren «durchschnittlich 5%»<sup>12</sup>. Das heisst: **Die Belastung der Steuerzahler mit Steuern, Abgaben und Gebühren wird immer grösser.**

### 2.1 SP untergräbt Unternehmertum und sorgt für hohe Steuern

**Folgende Aussagen zeigen, wie die SP das freie Unternehmertum untergraben, den Arbeitsmarkt verregulieren und die Besteuerung hinauftreiben will:**

1. In Unternehmungen mit mehr als 100 Arbeitsplätzen ist die betriebliche Mitbestimmung einzuführen (neues Betriebsverfassungsgesetz). Parallel dazu müssen die Gewerkschaftsrechte gestärkt und ein effizienter Kündigungsschutz für Arbeitnehmendenvertreter/-innen eingerichtet werden.
2. In die Aufsichtsorgane der BVG-Organisationen (Pensionskassen, Stiftungen, Sammelstiftungen) sind ausschliesslich Vertreterinnen und Vertreter der Lohnabhängigen zu delegieren.
7. Publikumsgesellschaften und der öffentlichen Hand nahe stehende Unternehmungen müssen die Vertretung beider Geschlechter an der Unternehmensspitze garantieren. Innert zehn Jahren müssen beide Geschlechter mit mindestens 40% vertreten sein.

*SP-Wahlplattform 2007 (Transparenz und Demokratie in der Wirtschaft, S. 19 und 20)*

<sup>12</sup>Vgl. die Medienmitteilung des Eidg. Finanzdepartements vom 14. September 2006.

9. Die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug muss beseitigt werden. Steuerhinterziehung soll gleich bekämpft werden können wie Steuerbetrug.
10. Der Wettbewerb zwischen den Kantonen muss auf ein erträgliches Mass eingeschränkt werden. Der schädliche Steuervermeidungstourismus, den sich nur vermögende mobile Personen leisten können, soll sich nicht mehr lohnen. Die SP fordert deshalb eine materielle Steuerharmonisierung zwischen den Kantonen.

*SP-Wahlplattform 2007 (Finanzen und Steuern, S. 22)*

Aus Sicht der SP ist der raschest mögliche Atomausstieg sowohl aus Sicherheits- als auch aus Versorgungsgründen nötig. Die Vollversorgung aus erneuerbaren Energien muss mit den entsprechenden politischen Rahmenbedingungen gefördert werden. Dies ist vor allem auch aus klimapolitischen Gründen unabdingbar.

*SP-Wahlplattform 2007 (Energie, S. 49)*

3. Das Verursacherprinzip im Umweltbereich soll als zentrale Massnahme weitergeführt und ausgebaut werden. Die «Subventionierung» der jährlichen Umweltbelastung von rund 9,7 Mrd. Franken durch die Allgemeinheit muss konsequent auf die Verursacher/-innen überwält werden. Wir verlangen Lenkungsabgaben und einen Verzicht auf sogenannte «freiwillige» Massnahmen.

*SP-Wahlplattform 2007 (Umwelt, S. 51)*

## 2.2 Belastung der Steuerzahler steigt ins Uferlose

«Steuern sind der voraussetzungslos geschuldete Beitrag an die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben»<sup>13</sup>. Interessant ist auch der von der SP geprägte Ausdruck **«Steuer geschenk»**. Hinter diesem Wort steht die **Vorstellung, dass dem Staat eigentlich das volle Einkommen jeden Bürgers gehört**. Wenn der Erwerbstätige etwas mehr für sich behalten darf und etwas weniger abliefern muss, spricht man von einem «Steuer geschenk».

**Einige Beispiele für Steuererhöhungen beim Bund in den letzten zehn Jahren: Immer mehr wird den Bürgern aus der Tasche gezogen:**

- **Übergang von der WUST zur MwSt. (über 1,5 Mrd. Franken Steuererhöhung pro Jahr)**
- **Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1% für die AHV**
- **Anhebung der Mineralölsteuer**
- **Erhöhung der Tabaksteuer**
- **Einführung der Spielbankenabgabe**
- **Einführung einer Steuer für «Alcopops»**
- **Erfindung der leistungsabhängigen Schwerkverkehrsabgabe (LSVA)**
- **Lenkungsabgabe auf VOC (flüchtige organische Verbindungen)**
- **Lenkungsabgabe auf Heizöl**

<sup>13</sup> Steuerpolitisches Konzept der SP-Fraktion der Bundesversammlung vom 5. Juli 2005, S. 5.

## 2.3 Das Steuerwunschkonzert der Linken

Die Linken haben unzählige Ideen, was sie den Bürgern weiter wegnehmen wollen:

---

### Abgabe auf Atomstrom<sup>14</sup>

Atomstrom ist zwar CO<sub>2</sub>-frei, soll aber trotzdem besteuert werden.

2005 betrug der Atomstromverbrauch 24 Milliarden kWh. Selbst wenn die Abgabe bloss einen Rappen hoch wäre, ergibt das 240 Millionen Franken.

**Belastung: 240 Mio.**

---

### Lohnprozent auf Einkommen über 107 000 Franken<sup>15</sup>

(zur Entschuldung der IV)

**Belastung: 160 Mio.**

---

### Lohnpromille auf die ganze Lohnsumme der Arbeitgeber<sup>16</sup>

(zur Entschuldung der IV)

**Belastung: 300 Mio.**

---

### Arbeitslosenversicherung:

#### Beiträge auf gesamtes Erwerbseinkommen<sup>17</sup>

Linke und Gewerkschaften wollen die Arbeitslosenversicherungs-Beiträge auf das gesamte Erwerbseinkommen ausdehnen. Die Sockelarbeitslosigkeit soll auf mind. 125 000 heraufgesetzt und die ALV-Beiträge um 0,3 auf 2,3 Lohnprozent heraufgesetzt werden (690 Mio. Franken). Auf Löhnen zwischen 106 800 und 267 000 Franken soll ein Solidaritätsprozent dauerhaft eingeführt werden (160 Mio. Franken). Zum Abbau der Schulden soll vorübergehend ein weiteres halbes Lohnprozent erhoben werden (1 Mrd. Franken).<sup>18</sup>

**Belastung: 690 Mio.  
160 Mio.  
1000 Mio.**

### Geldanlagen

- Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen
- Kapitalgewinnsteuer
- Doppelte Unternehmensbesteuerung (Firma und Eigentümer)
- Vermögensbesteuerung: «Depotabgabe» auf alle in der Schweiz liegenden Vermögen (0,1% = 4,8 Mrd. Franken)

**Belastung: 4800 Mio.**

---

### CO<sub>2</sub>-Abgabe

Kostendeckende Einspeisevergütung für erneuerbare Energie in der Form von Strom.

23. März 2006 Nationalrat Einführung CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Heizöl: 9 Rappen.

Forderung: 30 Rappen auf einen Liter Benzin, 15 Rappen auf einen Liter Heizöl.<sup>19</sup> 2005 wurden zirka 4800 Mio. Liter Benzin getankt. Bei 30 Rp. CO<sub>2</sub>-Abgabe ergibt das zusätzlich 1440 Mio. Franken.

Verbrauch Öl<sup>20</sup> (Extra-Leicht, Mittel, Schwer) 2005: 4,8 Mio. Tonnen. 2005 wurden zirka 5500 Mio. Liter Heizöl verbrannt. Bei 15 Rp. CO<sub>2</sub>-Abgabe ergibt das zusätzlich 825 Mio. Franken.

**Belastung: 1440 Mio.  
825 Mio.**

---

<sup>14</sup> Hans-Jürg Fehr, «Die Rechte spart die Schweiz kaputt» («Tages-Anzeiger» vom 13. August 2004).

<sup>15</sup> Hans-Jürg Fehr, «Die Rechte spart die Schweiz kaputt» («Tages-Anzeiger» vom 13. August 2004).

<sup>16</sup> Hans-Jürg Fehr, «Die Rechte spart die Schweiz kaputt» («Tages-Anzeiger» vom 13. August 2004).

<sup>17</sup> SP-Wahlplattform 2007, S. 30. Es ist offensichtlich, dass nach Abschluss dieser vorgeschlagenen Sanierung die Wiederaufstockung der Bezugstage von Taggeldern von heute 400 auf wieder 520 angestrebt wird.

<sup>18</sup> SNB, statistisches Monatsheft, Oktober 2006.

<sup>19</sup> Rudolf Rechsteiner im «Tages-Anzeiger» vom 19. April 2004.

<sup>20</sup> Verbrauchszahlen:

<http://www.erdoel.ch/site/erd565106/fra674237/fra600155056.asp#frage11>

---

## Mehrwertsteuer<sup>21</sup>

Die SP will einen EU-Beitritt und damit eine Angleichung der Mehrwertsteuer an das EU-Niveau (mindestens 15 MwSt.-%). 6 MwSt.-% will die SP für die Finanzierung der Krankenversicherung.

Ein Mehrwertsteuerprozent entspricht 3 Mrd. Franken. Bei einem EU-Beitritt ergäbe dies rund 19 Mrd. Franken zusätzliche Mehrwertsteuern (pro Person: über 2500 Franken).

**Belastung: 22 500 Mio.**

---

## Gebühren für das Staatsfernsehen

Erhöhung der Fernsehgebühren um 30 Franken im Jahr. Statt der geforderten Erhöhung um 6,5% (zirka 90 Mio. Franken) wurde nun eine Erhöhung von 2,5% (34,6 Mio. Franken) vom Bundesrat genehmigt.

**Belastung: 34,6 Mio.**

---

---

## Einführung einer nationalen Erbschafts- und Schenkungssteuer<sup>22</sup>

Jeder gesparte und vererbte Franken soll nochmals versteuert werden.

Erbschaften ab 100 000 Franken. Jede Eigentumswohnung fällt darunter.

**Belastung: 1,5 Mrd.**

---

## Kapitalgewinnsteuer/Beteiligungsgewinnsteuer

SP-Volksinitiative «für eine Kapitalgewinnsteuer» (abgelehnt 2001)<sup>23</sup>

**Belastung: 1000 – 2000 Mio.**

---

## Lenkungsabgaben auf Alkoholika und Cannabis Straffreier Konsum aller Drogen ab 18 Jahren

Die SP will Anbau (Eigenbedarf), Besitz und Konsum von Cannabis und Cannabisprodukten legalisieren. Dafür sollen Lenkungsabgaben auf Alkoholika und Cannabis erhoben werden mit dem Ziel, «die Attraktivität des Suchtmittels einzuschränken»<sup>24</sup>. Alle Drogen sollen ab 18 Jahren straffrei konsumiert werden können.

---

## Steuer auf Luxusgüter<sup>25</sup> (Reichtumssteuer)

---

<sup>21</sup> Steuerpolitisches Konzept der SP-Fraktion der Bundesversammlung vom 5. Juli 2005, S. 30 ff.

<sup>22</sup> Hans-Jürg Fehr, «Die Rechte spart die Schweiz kaputt» («Tages-Anzeiger» vom 13. August 2004).

<sup>23</sup> Die Volksinitiative «für eine Kapitalgewinnsteuer» wurde am 2. Dezember 2001 mit 65,9% Nein-Stimmen abgelehnt (Ständemehr: 23:0). Vgl. hierzu auch die SP-Wahlplattform 2003, S. 25: «Es ist eine Beteiligungsgewinnsteuer einzuführen, die den Gewinn aus dem Verkauf von wesentlichen Beteiligungen an einer Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft erfasst.» Weiter heisst es: «Es ist eine Kapitalgewinnsteuer vorzusehen für Immobiliengewinne, die von der Bundessteuer nicht erfasst werden.»

<sup>24</sup> Suchtpolitisches Grundlagenpapier der SP-Fraktion, «Zwischen Bevormundung und Laisser-Faire», 5. Dezember 2006, S. 31. Dort heisst es weiter: «Je nach Gefährlichkeit einer Substanz oder Verhaltensweisen resp. Gefährdung der Bevölkerung oder bestimmter Bevölkerungsgruppen soll ein Massnahmen-Mix von Besteuerung, Staatsmonopol, Lizenzsystem, Limitierung von Abgabestellen, Qualitätsnachweis, Aufklärungspflicht, Ausweispflicht usw. gewählt werden. (...) Die Milliardenumsätze mit illegalen Drogen fliessen damit in legale Strukturen und können ordentlich besteuert werden.»

<sup>25</sup> Hans-Jürg Fehr, «Die Rechte spart die Schweiz kaputt» («Tages-Anzeiger» vom 13. August 2004): «Eine weitere zusätzliche staatliche Einkommensquelle sollte eine Ergänzung der Mehrwertsteuer sein. Damit die Reichen nicht noch reicher, die Armen nicht noch ärmer werden, schlage ich vor, dass für Luxusgüter ein Zuschlag erhoben wird.» Seit Jahren fordern die Sozialdemokraten die Einführung einer «Reichtumssteuer». Sie erlitten auf kantonaler Ebene immer wieder Schiffbruch. Auch auf eidgenössischer Ebene fand das Anliegen nie Unterstützung. So wurde etwa am 4. Dezember 1977 eine SP-Volksinitiative «für eine Reichtumssteuer» mit 55,6% Nein-Stimmen abgelehnt (2,5 : 19,5 Stände).

---

## Volle Besteuerung der Altersrenten<sup>26</sup>

---

## Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen<sup>27</sup>

---

## Wohneigentum<sup>28</sup>

Falls der Eigenmietwert beibehalten wird, will die SP den Schuldzinsabzug begrenzen, die indirekte Amortisation (Säule 3a) steuerlich belasten sowie den Unterhaltskostenabzug begrenzen. Fazit: Noch mehr Belastung für Wohneigentum, Bestrafung der Eigenvorsorge.

---

## Beibehaltung der Vermögenssteuer<sup>29</sup>

---

## Abschaffung von Steuerabzügen<sup>30</sup>

---

## Abschaffung der Regelung für Holding- und Domizilgesellschaften<sup>31</sup>

Die SP will die niedrigen Steuersätze für Domizilgesellschaften abschaffen. Damit wird die SP einmal mehr zum Erfüllungsgelhilfen der EU, die das gleiche fordert.

---

## Gebühren

Die Linken wollen Gebühren «nach Verursacherprinzip» (vgl. z.B. die Kehrrichtgebühren). Studiengebühren wollen sie jedoch nicht: «Dem Spannungsfeld von Äquivalenzprinzip und sozialer Gerechtigkeit muss stets Rechnung getragen werden.»

---

## Beitritt zur EU<sup>32</sup>

Folgen: 4 – 5 Mrd. Franken Nettoszahungen an Brüssel sowie Erhöhung der Mehrwertsteuer von heute 7,6 auf mindestens 15%.

---

## Steuerharmonisierung<sup>33</sup>

Steuergutschriften statt Steuerabzüge: Der Tüchtige, der Selbstverdiener wird bestraft. Diejenigen, die von der Allgemeinheit leben, werden noch zusätzlich belohnt.

---

## Soziale Einheitskrankenkasse

(SP-Initiative, am 11. März 2007 mit 71,2% Nein-Stimmen abgelehnt durch Volk und Stände)

Die Einheitskrankenkasse hätte einkommensabhängige Prämien (d.h. die versteckte Einführung einer Gesundheitssteuer) sowie eine höhere Mehrwertsteuer für die Finanzierung gebracht. Der Wettbewerb wäre ausgeschaltet worden.

---

<sup>26</sup> Steuerpolitisches Konzept der SP-Fraktion der Bundesversammlung vom 5. Juli 2005, S. 10. Hier zielt die SP auf eine höhere Besteuerung der Kapitalbezüge ab. Die Renten werden bekanntlich auf Bundes- und Kantonsebene bereits zu 100% als Einkommen besteuert. Seit 1987 gilt bei den Einkommenssteuern von Bund, Kantonen und Gemeinden für die berufliche Vorsorge der Grundsatz «Voller Abzug der Beiträge, volle Besteuerung der Leistungen.» Einige Kantone gewähren dennoch Pauschalabzüge für Rentner, weil diese keine Berufs- und ähnliche Auslagen mehr geltend machen können. Beim Kapitalbezug kommen in der Schweiz je nach Steuerdomizil recht unterschiedliche Steuersätze zwischen 5% und 25% zur Anwendung. Warum die Linke die Rentner mit zusätzlichen Steuern belasten will, ist unverständlich. Das Gegenteil müsste angestrebt werden, denn viele Altersvorsorgen (z.B. Leibrenten usw.) sind steuerlich zu stark belastet bzw. bereits versteuertes Geld wird nochmals besteuert.

<sup>27</sup> Steuerpolitisches Konzept der SP-Fraktion der Bundesversammlung vom 5. Juli 2005, S. 24 f.

<sup>28</sup> Steuerpolitisches Konzept der SP-Fraktion der Bundesversammlung vom 5. Juli 2005 S. 22 ff.

<sup>29</sup> Steuerpolitisches Konzept der SP-Fraktion der Bundesversammlung vom 5. Juli 2005, S. 44 f.

<sup>30</sup> Steuerpolitisches Konzept der SP-Fraktion der Bundesversammlung vom 5. Juli 2005, S. 43 f. SP-Präsident Hans-Jürg Fehr: «Steuerschulplöcher müssen geschlossen werden: Steuerhinterziehung muss strafrechtlich gleich behandelt werden wie Steuerbetrug; der Eigenmietwert und die mit ihm direkt verbundenen Abzüge gehören abgeschafft» (vgl. den «Tages-Anzeiger» vom 13. August 2004, «Die Rechte spart die Schweiz kaputt»). Sodann heisst es im SP-Konzept zur Steuerpolitik: «Die Liste der Steuerabzüge ist lang. Darunter befinden sich einige fragwürdige Abzüge: Berufskosten-Abzug; km-Pauschalen, auswärtiges Essen, Unterschied Unselbständig-/Selbständigerwerbende; Wochenaufenthalter-Abzug; Abzug für Vermögensverwaltung; Abzug für Vergabungen; Berufliche Vorsorge, Kapitalleistungen, Versicherungen; Wohneigentum: Eigenmietwert; Krankheitskosten: mit Franchise, bei IV aber ohne Franchise, woraus sich Vollzugsprobleme ergeben usw.» (Steuerpolitisches Konzept der SP-Fraktion, S. 43).

<sup>31</sup> Steuerpolitisches Konzept der SP-Fraktion der Bundesversammlung vom 5. Juli 2005, S. 41 f.

<sup>32</sup> Franz Jäger, Urs Bernegger, Christoph Brunner, Robert Hartl; Analyse der Einnahmen der öffentlichen Hand in der Schweiz mit besonderer Berücksichtigung der nichtsteuerlichen Einnahmen und der Sozialversicherungen, St.Gallen, 21. Januar 2002, S 6.

<sup>33</sup> Neue Europa-Plattform der SP-Schweiz vom 4. März 2006.

## 2.4 Was der Staat den Bürgern schon wegnimmt

In keinem Industrieland Europas ist die Steuerbelastung seit 1990 so stark angestiegen wie in der Schweiz.

### Einnahmen Bund, Kantone und Gemeinden Total (132,640 Mrd. – Stand 2004)

#### Steuern Total (97,643 Milliarden – Stand 2004)

■ Einkommenssteuer	42,121 Mrd.
■ Vermögenssteuer	4,467 Mrd.
■ Ertragssteuer	10,628 Mrd.
■ Kapitalsteuer	1,589 Mrd.
■ Grundsteuer	0,780 Mrd.
■ Vermögensgewinnsteuer	1,034 Mrd.
■ Vermögensverkehrssteuer	3,796 Mrd.
■ Erbschafts-/Schenkungssteuer	1,116 Mrd.
■ Motorfahrzeugsteuer	1,851 Mrd.

#### Gebühren (Entgelte) Total (24,396 Mrd.)

■ Gebühren für Amtshandlungen	2,409 Mrd.
■ Spital-/Heimtaxen, Kostgelder	10,001 Mrd.
■ Benutzungsgebühren, Dienstleistungen	4,861 Mrd.
■ Übrige	7,124 Mrd.

#### Einnahmen Bund für das Jahr 2005

■ Direkte Bundessteuer	12,213 Mrd.
■ Verrechnungssteuer	3,979 Mrd.
■ LSVA Schweizer Lastwagen:	988 Mio.
Ausländische Lastwagen:	391 Mio.

■ Einfuhrzölle	974 Mio.
■ Spielbankenabgabe	357 Mio.
■ Stempelabgaben	2,703 Mrd.
■ Militärpflichtersatz	128,5 Mio.
■ Mehrwertsteuer	18,119 Mrd.
■ Lenkungsabgabe VOC	143 Mio.
■ Autobahnvignette	306 Mio.
■ Biersteuer	102 Mio.
■ Mineralölsteuer	4,979 Mrd. – inkl. Zuschlag
■ Automobilsteuer für Import	310 Mio.
■ Tabaksteuer	2,051 Mrd.
■ Einnahmen Entgelte Bund	1,216 Mrd.

#### Ausserdem:

- Krankenkassenprämien
- Unfallversicherungsprämien
- Obligatorische BVG-Prämien

Eine **Studie des St. Galler Professors Franz Jäger** kommt zum Schluss, dass die **Zwangsabgabenquote** in der Schweiz heute rund **60%** beträgt.<sup>34</sup>

<sup>34</sup> Franz Jäger, Urs Bernegger, Christoph Brunner, Robert Hartl; Analyse der Einnahmen der öffentlichen Hand in der Schweiz mit besonderer Berücksichtigung der nicht-steuerlichen Einnahmen und der Sozialversicherungen, St. Gallen, 21. Januar 2002, S 6.



# 3. EU-Beitritt und Internationalismus: Die Schweiz wird verkauft

**Mit einem EU-Beitritt verlieren wir unsere Selbstbestimmung. Wir verlieren die direkte Demokratie, den Schweizer Franken und die Neutralität.**

Trotzdem tun die Linken alles, um die Schweiz in die EU zu bringen. Die SP hat in ihrer jüngsten Europaplattform<sup>35</sup> wie auch in ihrer Wahlplattform die **Forderung nach einem EU-Beitritt der Schweiz bekräftigt**.<sup>36</sup>

## 3.1 Auch FDP und CVP wollen in die EU

Nicht nur Rot/Grün, sondern auch sogenannte bürgerliche Parteien streben den EU-Beitritt an: Die FDP hat 1995 am Parteitag in Interlaken den EU-Beitritt beschlossen.<sup>37</sup> Die CVP-Delegierten haben sich 1998 für den EU-Beitritt entschieden und 2001 sogar die EU-Beitrittsinitiative unterstützt.<sup>38</sup>

<sup>35</sup> Neue Europa-Plattform der SP-Schweiz vom 4. März 2006.

<sup>36</sup> So schreiben die Sozialdemokraten in ihrer Wahlplattform 2007: «Der Bundesrat muss das Beitritts-gesuch zur EU rasch reaktivieren und rasch Beitrittsverhandlungen einleiten. Nur mit einem EU-Beitritt kann die Schweiz ihre Souveränität zurückgewinnen und dort mitentscheiden, wo die für sie schon heute wesentlichen Entscheide gefällt werden.» Weiter heisst es: «Der Bundesrat hat dafür zu sorgen, dass sich die Schweiz innenpolitisch auf den EU-Beitritt vorbereitet. Die Reform der Regierung und des Parlaments ist voranzutreiben, sodass sie in den EU-Gremien wirksam werden mitentscheiden können» (SP-Wahlplattform 2007, S. 41).

<sup>37</sup> Vgl. die «Neue Zürcher Zeitung» vom 22. April 1995: Die FDP Schweiz hat an ihrer Delegiertenversammlung in Interlaken mit 102 zu 81 Stimmen beschlossen, «die Aussage zum EU-Beitritt der Schweiz als einem strategischen Ziel ohne zeitliche Fixierung zu verstärken». Dieser Entscheid ist offiziell nie korrigiert worden.

<sup>38</sup> Vgl. den «Tages-Anzeiger» vom 6. April 1998. Die CVP hat ihre Resolution vom 4. April 1998 (CVP-Europakongress in Basel) nie korrigiert. Dort verlangte die CVP ausdrücklich den EU-Beitritt als «strategisches Ziel» (411 zu 48 Stimmen!). In der von der CVP unter dem Titel «Start ins 21. Jahrhundert» herausgegebenen Forderungen (Wahlkongress der CVP Schweiz vom 3. Juli 1999) heisst es: «Die CVP tritt für den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union (EU) ein.» 2001 unterstützten die CVP-Delegierten der Schweiz die Volksinitiative «Ja zu Europa», die den sofortigen EU-Beitritt verlangte.

Mit der Forderung nach einem EU-Beitritt geben diese Parteien die Selbstbestimmung der Schweiz auf. Die demokratischen Volksrechte würden ausgehebelt: Ein EU-Beitritt würde auch das Ende von Volksinitiative und Referendum bedeuten. Das Volk hätte nichts mehr zu sagen. Das wollen nur jene Politiker, welche die Bürgerinnen und Bürger weitgehend entmündigen wollen.

**Die SVP steht als einzige Partei für eine souveräne, unabhängige und erfolgreiche Schweiz ein.**

### Lohnvergleich Schweiz – EU

Jahreslohn in Franken für einen Angestellten, 35-jährig, zwei Kinder:

Ingenieur:

Zürich: 107 500      Berlin: 74 531      Paris: 67 969

Volksschullehrer:

Zürich: 93 281      Berlin: 62 344      Paris: 38 594

Facharbeiter:

Zürich: 75 625      Berlin: 48 750      Paris: 25 469

Call-Center-Mitarbeiter:

Zürich: 58 125      Berlin: 24 781      Paris: 31 719

(UBS, Preise und Löhne, 2006)

Die EU hat keines der Probleme gelöst, die wir angeblich nur mit Hilfe dieser Union lösen sollten: Schuldenwirtschaft, Arbeitslosigkeit, schleppendes Wachstum, Regulierungsflut, ausufernder Sozialstaat, Bildungsmisere, Kriminalität und Asylmissbrauch.

### 3.2 Negative Folgen eines EU-Beitritts

- Massiver Lohndruck – d.h.: **tiefer Löhne**
- **Höhere Arbeitslosigkeit** (Arbeitslosenquote in der Euro-Zone durchschnittl. 8,6%, in der Schweiz 3,8%).<sup>39</sup>
- **Höhere Steuern** und ein Mehrwertsteuersatz von mind. 15%: Die Mehrwertsteuer müsste von 7,6% auf mindestens 15% erhöht werden. Das sind zusätzlich rund 19 Mrd. Franken verdeckte Abgaben. Für einen 4-Personen-Haushalt heisst das im Jahr 10 200 Franken Steuern. Ausserdem heizt jede Erhöhung der Mehrwertsteuer die Teuerung an.
- **Verlust von attraktiven und gut bezahlten Arbeitsplätzen** aufgrund der **Abwanderung von Unternehmen** (höhere Steuern verschlechtern die Standortattraktivität der Schweiz).
- **Verlust des Schweizer Frankens** (Einführung des «Euro») und der souveränen Geldpolitik (negativ für unseren Finanzplatz, höhere Inflation).
- **Höhere Geldzinsen**<sup>40</sup> – und damit **höhere Mieten von bis zu 30 %**<sup>41</sup>. Allein der Staat hätte für seine 250 Mrd. Schulden rund 4 Mrd. mehr Zinsen zu bezahlen. Insgesamt würden in der Schweiz höhere Zinskosten von über 20 Mrd. Franken resultieren, was rund 8% des Privatkonsums entspricht.<sup>42</sup>
- **Höhere Zölle** für Nicht-EU-Importe und Übernahme der EU-Handelspolitik.
- 4 bis 5 Mrd. Franken jährliche Zahlungen nach Brüssel.<sup>43</sup>
- **Verlust des Bankkundengeheimnisses:** Massiver Schaden für den Finanzplatz.
- **Mehr Ausländer** und mehr Zuwanderung.
- **Steigende Kriminalität**, mehr Illegale, noch mehr Asylmissbrauch.
- Weitgehender **Verlust der Selbstbestimmung**.
- Verlust der Volksrechte (massive Einschränkung des Initiativ-, Referendums- und Petitionsrechts).

- **Zentralismus** statt direkte Demokratie. Brüssel bestimmt z.B. die Sozial-, Verkehrs- und Energiepolitik der Schweiz. Auf diesen Gebieten müssen die Mehrheitsbeschlüsse des EU-Ministerrates anerkannt werden.
- Brüsseler **Bürokratie** statt föderalistische Strukturen.<sup>44</sup>
- Kleinstaaten werden in der EU zunehmend schlechter gestellt: Kein Vetorecht mehr, neue Stimmengewichtung zu Ungunsten der kleineren Staaten.
- **Fremde Richter:** Der Europäische Gerichtshof ist höchst-richterliche Gewalt und bindend für EU-Mitglieder.

<sup>39</sup> Eurostat 2005. Im Januar und Februar 2007 lag die Arbeitslosigkeit in der Schweiz gar noch tiefer (3,3% bzw. 3,2%); vgl. die Medienmitteilung des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) vom 7. März 2007.

<sup>40</sup> Die Schweiz wäre das einzige Land, das seine Zinsen von unten nach oben an das EU-Niveau anpassen müsste. Die Zinsanpassung würde für Staatsanleihen 1,5% betragen (Zinsniveau 10-jährige Staatsanleihen März 2007: Schweiz 2,6%, Deutschland 3,9%; Hypotheken: Schweiz 3,03%, Deutschland 1- bis 5-jährige zwischen 4,9 und 5,4%). Die Zinsanpassung würde die Schweiz pro Jahr über 20 Mrd. Franken kosten, davon rund 4 Mrd. Franken allein den Staat.

<sup>41</sup> Ein EU-Beitritt würde auch die Hypothekenzinsen ansteigen lassen und damit die Mieten verteuern. Die Schweiz hat ein wesentlich tieferes Zinsniveau als die EU. Aus diesem Grund muss mit 25 bis 30% höheren Mieten gerechnet werden.

<sup>42</sup> Die Schweiz ist das privat am stärksten verschuldete Land pro Kopf. Die Zinsangleichung – die Schweiz wäre das einzige Land mit einer Zinsanpassung von unten nach oben – würde die Privatwirtschaft über 20 Mrd. Franken pro Jahr kosten. Die Hausbesitzer müssten rund 6 bis 8 Mrd. Franken mehr Hypothekenzinsen bezahlen, die Unternehmen rund 5 bis 7 Mrd. Franken mehr Kreditzinsen.

<sup>43</sup> Economiesuisse, Europapolitik: Erfolg durch Pragmatismus (Positionspapier zur Europapolitik), 25. April 2006, S. 5.

<sup>44</sup> Der Steuerstreit mit der EU zeigt anschaulich, wie zentralistisch die Europäische Union strukturiert ist: Föderalistische Regelungen wie das Schweizer Steuersystem werden als mit der EU «unvereinbar» taxiert.

### 3.3 Schwächung des Finanzplatzes

Ein **EU-Beitritt würde den Finanzplatz Schweiz massiv schwächen**. Aufhebung des Bankkundengeheimnisses, Verlust des Schweizer Frankens, EU-Steuerpolitik bedroht den Finanzplatz Schweiz, der entscheidend für die Wertschöpfung und damit für den Wohlstand aller sorgt.

#### Wertschöpfung des Finanzsektors (zu laufenden Preisen)<sup>45</sup>

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004 (prov.)
In Mrd. Fr.	61,7	54,7	59,4	62,5	62,0
In % des BIP	14,9	13,0	13,8	14,4	13,9

#### Arbeitsstellen im Schweizer Finanzsektor (Vollzeitäquivalente)

Jahr	2003	2004	2005	2006
Total Finanzsektor	185 500	183 900	180 600	181 400
In % der Gesamtbeschäftigung	5,8	5,7	5,6	5,6

<sup>45</sup> EFD, Kennzahlen zum Finanzstandort Schweiz, aktualisiert im Dezember 2006.

<sup>46</sup> Die EU definiert die vorteilhaften kantonalen Besteuerungsregeln für Holding-, Verwaltungs- und gemischte Gesellschaften als «staatliche Beihilfen». Darum hält sie das schweizerische Steuersystem (bzw. die entsprechenden kantonalen Regelungen) für nicht vereinbar mit dem Verbot der Staatsbeihilfen in Art. 23 des Freihandelsabkommens vom 22. Juli 1972. Diese Argumentation ist ebenso neu wie absurd: Tiefe Steuersätze sind keine staatlichen Beihilfen.

#### Aussenwirtschaftsbeitrag

Netto-Finanzdienstleistungsexporte als Anteil am CH-Ertragsbilanzüberschuss nominal, in Mrd. Fr.:

Jahr	2002	2003	2004	2005
Total Banken und Versicherungen	14,0	15,0	15,4	17,0
In % CH-Ertragsbilanzüberschuss	38,7	25,8	25,5	25,1

Zudem hängen zahlreiche weitere Branchen vom Wohl des Finanzplatzes ab, etwa die Hotellerie oder der Flughafen.

### 3.4 Untergrabung der schweizerischen Souveränität

Bei einem EU-Beitritt steht das **EU-Recht über dem Schweizer Recht**. Alles, was die EU bestimmt, müsste die Schweiz übernehmen. Das wollen nur jene Politiker, welche die Verantwortung abschieben wollen.

Ein EU-Beitritt würde die **wesentlichen Säulen unseres Staates** (Neutralität, direkte Demokratie, Föderalismus und Unabhängigkeit) **aushöhlen bzw. zerstören**.

Wie die EU-Funktionäre mit kleinen Staaten umgehen, zeigt auch der **«Steuerstreit»** – d.h. die Drohungen und Anwürfe aus Brüssel gegen die Steuersysteme einzelner Kantone. Die Schweiz müsse ihr Steuersystem ändern und mehr Steuern erheben, heisst es aus Brüssel. Damit **greift die EU die Souveränität der Schweiz an**. Die Bezugnahme der EU auf das Freihandelsabkommen von 1972 ist absurd.<sup>46</sup>

In Tat und Wahrheit geht es denn auch um etwas ganz anderes: In den vergangenen 30 Jahren hat sich die finanzielle Situation sämtlicher EU-Mitgliedstaaten drastisch verschlechtert. In unzähligen Ländern haben sozialdemokratische Regierungen den Finanzhaushalt aus dem Lot gebracht und fahren Jahr für Jahr Milliardendefizite ein. In Europa fehlt es an Geld an allen Ecken und Enden. In dieser Situation ist der

Schweizer Steuerwettbewerb ein besonderes Ärgernis. Einerseits, weil die schweizerische Situation den Unternehmungen eine interessante Alternative zu den abgewirtschafteten linken EU-Ländern bietet. Und andererseits, weil die bescheidene Besteuerung in der Schweiz einen gewissen Wettbewerbsdruck auf die europäischen Nachbarländer ausübt.

Auch hier **spielen die Roten und Grünen ein übles Spiel:** Die Linken gehen so weit, dass sie in Steuerfragen **der EU in die Hände arbeiten.** Die SP versteht sich als Fünfte Kolonne der EU im Steuerstreit: Die Sozialisten wollen das **Bankgeheimnis abschaffen**, den **Steuerwettbewerb aushebeln**, die kantonale Steuerhoheit beschneiden, die Steuersätze für Domizilgesellschaften erhöhen und die Steuern generell vereinheitlichen.<sup>47</sup> **Im Dezember 2005 reisten gar SP-Vertreter nach Brüssel, um bei Vertretern der EU gegen den Schweizer Steuerwettbewerb Stimmung zu machen.**<sup>48</sup>

### 3.5 Wirtschaft und Bundesrat sagen heute Nein zum EU-Beitritt

Aus den genannten Gründen lehnt auch die Wirtschaft einen EU-Beitritt ab. Der Dachverband der Wirtschaft, economie-suisse, sagt klipp und klar: Ein EU-Beitritt der Schweiz ist für die Wirtschaft nicht von Interesse. Die wichtigsten Anliegen der Wirtschaft sind mit den bilateralen Abkommen erfüllt. Der mit einem EU-Beitritt verbundene Effizienzgewinn würde durch zahlreiche wirtschaftspolitische Nachteile (Geld- und Währungspolitik, Finanz- und Fiskalpolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) mehr als aufgewogen.<sup>49</sup> Weiter heisst es in besagtem Papier, ein EU-Beitritt sei «problematisch»: «Der EU-Beitritt ist deshalb für die Schweizer Wirtschaft keine Option»<sup>50</sup>.

Dank des Einflusses der SVP rückt auch der Bundesrat zunehmend von einem EU-Beitritt ab. Im Europabericht 2006 betrachtet die Regierung den EU-Beitritt nicht mehr als «strategisches Ziel», sondern «als längerfristige Option»<sup>51</sup>.

### 3.6 Aussenpolitischer Aktivismus schwächt die Schweiz

Gebetsmühlenartig wiederholen die Linken, die Schweiz be- treibe gegenüber dem Ausland eine «Abschottungspolitik».

Diese Vorwürfe sind haltlos: Unser Land war wirtschaftlich wie auch kulturell schon immer sehr eng mit dem Ausland verbunden. Und gerade im Vergleich zu anderen Staaten ist die Schweiz ausserordentlich weltoffen.

Der aussenpolitische Aktivismus aber schwächt unser Land und bringt zahlreiche Nachteile. Es ist heute schon fast an der Tagesordnung, dass die Schweiz internationale Vorschriften und Konventionen übernimmt und mit dem Segen einer knappen Parlamentsmehrheit dem Volk und den Kantonen die Mitsprache dazu entzogen wird. So wird der Föderalismus über internationale Abkommen zunehmend ausgehebelt, und die Institutionen der direkten Demokratie werden umgangen (vgl. auch Kapitel 4).

Der Beitritt der Schweiz zur UNO hat unserem Land zahlreiche Verpflichtungen gebracht. Unsere Souveränität und namentlich die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Neutralität wurden damit nicht gestärkt. Dass es Kreise gibt, welche die Schweiz gar in die Nato führen wollen, muss aufmerksam stimmen: Im Jahre 1999 schrieb die FDP in einem Arbeitspapier, ein Ziel sei die «Eingliederung der Armee in den Nato-/Uno-Verbund»<sup>52</sup>. FDP-Ständerätin Erika Forster doppelte am 1. April 1999 nach: «Der Nato-Beitritt muss ein Ziel sein wie der Uno- und der EU-Beitritt.»

<sup>47</sup> Die SP als Fünfte Kolonne Brüssels. Die SP handelt als Erfüllungsgehilfin der zentralistischen EU-Steuerpolitik. So fordert die SP in ihrer «Neuen Europa-Plattform» (25. November 2005/4. März 2006), dass «das Instrumentarium der EU zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Steuerhinterziehung und eines schädlichen Steuerwettbewerbs nachhaltig gestärkt wird» (S. 197). In ihrer Wahlplattform 2007 fordern die Sozialdemokraten: «Die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug muss beseitigt werden. Steuerhinterziehung soll gleich bekämpft werden können wie Steuerbetrug» (Wahlplattform 2007 der SP Schweiz, S. 22). Sodann will die SP die niedrigen Steuersätze für Domizilgesellschaften abschaffen (vgl. das Steuerpolitische Konzept der SP-Fraktion vom 5. Juli 2005, S. 41 f.). Die EU fordert das Gleiche und setzt die Schweiz unter Druck. SP-Bundesrätin Calmy-Rey heuchelt derweil Widerstand.

<sup>48</sup> SP-Funktionär Matthias Manz unterbreitete am 1. Dezember 2005 einem Ausschuss der Partei der Europäischen Sozialisten (PES) ein Arbeitspapier der SP («NZZ am Sonntag», 18. Februar 2007). Bereits im Oktober 2005 kündigte SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger-Oberholzer in der «NZZ am Sonntag» an: «Der Druck auf die Schweiz wird zunehmen, und ich werde dabei mithelfen.»

<sup>49</sup> Economiesuisse, Europapolitik: Erfolg durch Pragmatismus (Positionspapier zur Europapolitik), S. 3.

<sup>50</sup> Economiesuisse, Europapolitik: Erfolg durch Pragmatismus (Positionspapier zur Europapolitik), S. 15.

<sup>51</sup> Europabericht 2006 vom 28. Juni 2006 (06.064), S. 6982.

<sup>52</sup> Leitlinie für die Schweiz von morgen / «Vision 2007».

# 4. Aushebelung demokratischer Entscheidungsmechanismen

**Weil die Linken den staatlichen Instanzen immer mehr Macht geben wollen, hebeln sie die demokratischen Entscheidungsmechanismen zusehends aus.**

- Der beispiellose **aussenpolitische Aktivismus** führt dazu, dass die Schweiz immer mehr internationale Verträge und Konventionen unterzeichnet und **immer mehr internationale Vorschriften** und internationales Recht übernehmen muss. Meistens entscheidet darüber nur noch das Parlament; Volk und Kantone wird die Mitsprache entzogen. So wird der **Föderalismus zunehmend über internationale Abkommen ausgehebelt**, und die Institutionen der direkten Demokratie werden umgangen.
- In der Schweiz werden **immer mehr Entscheidungen** an die Regierung und die **Verwaltung** übertragen. Meist heisst es, die Stimmbürger seien «zu wenig kompetent» für eine Entscheidung oder es stünden «Vorschriften des Datenschutzes» einem Volksentscheid entgegen (z.B. bei Einbürgerungsentscheiden).

## 4.1 Von der «Verwesentlichung» der Volksrechte

Gewisse Ausdrücke in Gesetzen können den Staat teuer zu stehen kommen: «fördern», «unterstützen», «garantieren», «Anstossfinanzierung» usw. heissen die Wörter, mit welchen rot-grüne Politiker staatliche Leistungen gesetzlich festsetzen wollen.

Der **linke Interventionismus** kennt kaum Grenzen: Gemeindefusionen sollen von den Kantonen gefördert werden, Kinderkrippen – eigentlich eine kommunale Angelegenheit – sollen mittels «Anstossfinanzierung» vom Bund unterstützt werden, und auch die öffentlich-rechtliche Anerkennung neuer Religionsgemeinschaften wird nicht mehr in den Kantonsverfassungen (Volksentscheid) geregelt, sondern in Gesetzen und Verordnungen (Verwaltungsakt).<sup>53</sup>

Die **Volksrechte sollen nach Ansicht der Linken «verwesentlich»** werden. Nach ihrer Lesart heisst dies: vereinfacht. Tatsächlich geht es aber darum, dass die demokratischen Mitwirkungsrechte stark beschnitten und auf die wichtigsten Punkte beschränkt werden.

Die **Umgehung demokratischer Instanzen** zeigt sich auch darin, dass im Rahmen der Zwangsabgaben namentlich auf kommunaler Ebene ein drastischer Anstieg der Gebühren und Abgaben zu beobachten ist. Die Steuern steigen weniger stark an. Der Grund liegt auf der Hand: Um Gebühren oder Abgaben zu erheben bzw. zu erhöhen, sind keine Volksabstimmungen notwendig.

<sup>53</sup>In den meisten Kantonen sind die Evangelisch-Reformierte und die Römisch-Katholische Kirche öffentlich-rechtlich anerkannt (in gewissen Kantonen auch die Christ-Katholische Kirche oder einzelne jüdische Gemeinden). Das heisst: Diese Religionsgemeinschaften haben gewisse Privilegien (z.B. das Recht, Steuern einzuziehen, oder auch vereinfachten Zugang zu amtlichen Daten), welche andere, privatrechtlich organisierte Glaubensgemeinschaften nicht haben. In verschiedenen Kantonen wird nun die öffentlich-rechtliche Anerkennung muslimischer Gemeinschaften diskutiert. Diese wäre mit einem Volksentscheid kaum möglich, da dies kaum von einer Mehrheit der Stimmbürger akzeptiert würde. Wenn die öffentlich-rechtliche Anerkennung jedoch von der Verwaltung verfügt wird, stehen die Chancen für islamische Gemeinschaften besser.

## 4.2 Der Einbürgerungsentscheid wird zum Verwaltungsakt degradiert

Prominentestes Beispiel sind die **Einbürgerungsentscheide**. In der Schweiz war der **Einbürgerungsbeschluss immer ein eminent politischer Entscheid**, der nicht nach dem Kriterium der Willkür beurteilt werden kann. Einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung kennt unser Verfassungssystem nicht: **Die Bürger sind in ihrem Entscheid völlig frei**.

Diesen Grundsatz hat das Bundesgericht in seinen Entscheidungen vom 9. Juli 2003<sup>54</sup> und vom 12. Mai 2004<sup>55</sup> bestritten, indem es den Einbürgerungsbeschluss als **Verwaltungsakt** qualifizierte und ein **Beschwerderecht** als gegeben annahm. Dies, obwohl der Gesetzgeber genau umgekehrt entschieden hatte. Die Rassismus-Kommission hingegen nahm die Entscheide «mit Freude» zur Kenntnis.<sup>56</sup>

Die Einbürgerung hat nichts mit der Frage der Menschenrechte zu tun: Wer nicht eingebürgert wird, ist nicht in seinen Menschenrechten verletzt – aus welchem Grund der ablehnende Entscheid auch immer erfolgt ist. Umgekehrt aber hat die Frage der Meinungsäusserungsfreiheit und der Wahl- und Abstimmungsfreiheit sehr viel mit Menschenrechten zu tun: Die Freiheit der Meinung ist einer der zentralsten und wichtigsten Werte in der christlich-abendländischen Demokratie. Aus diesem Grund ist es auch falsch, wenn Gerichte die Einbürgerungsentscheide von Gemeindeversammlungen oder Urnenabstimmungen beurteilen: Der Stimmbürger ist niemandem Rechenschaft schuldig für sein Stimmverhalten.

## 4.3 Moralismus statt Klartext reden

In den fatalen Neunzigerjahren wurde die Meinungsfreiheit durch die **politische Korrektheit** verdrängt. Die linken Moralisten und ihre Mitläufer errichteten regelrechte **Tabuzonen** und haben so jahrzehntelang wichtige Lösungen blockiert: Asylrechtsmissbrauch<sup>57</sup>, IV-Missbrauch<sup>58</sup>, unkontrollierte Zuwanderung<sup>59</sup>, Bildungsverfall, Ausländerkriminalität<sup>60</sup>, Sozial-Profiteure, Entwicklungshilfe, Kultursubventionen usw. Auch über demokratisch getroffene Einbürgerungsentscheide oder über das Spannungsfeld zwischen islamischen Vorstellungen und den christlich-abendländischen Werten dürfte nicht mehr gesprochen werden, wenn es nach den Linken ginge.

Die SVP aber redet Klartext. Sie verteidigt die Meinungsfreiheit: Gegen linke Moralisten genauso wie gegen extremistische Moslems und andere Extremisten.

---

<sup>54</sup> BGE 129 I 217 sowie BGE 129 I 232.

<sup>55</sup> BGE 130 I 140.

<sup>56</sup> Pressemeldung der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus vom 10. Juli 2003.

<sup>57</sup> In ihrer Stellungnahme zur Asylgesetzrevision spricht die ERK (Eidgenössische Rassismuskommission) von «indirekter Rassendiskriminierung» (September 2005). Die SP bekämpfte alle Vorlagen der SVP zur Lösung des Asylproblems. Jedes Jahr wurden zwischen einer und zwei Milliarden Franken für diesen Leerlauf ausgegeben. Jahrelang wurde die gut organisierte Drogenkriminalität von Asylbewerbern hingenommen. Auch bei der Asylgesetzrevision vom September 2006 holte die Linke die Moralkeule hervor, um sich nicht einer Diskussion mit Fakten und Argumenten stellen zu müssen. Die Zürcher SP-Nationalrätin Vreni Hubmann meinte, das Asylgesetz sei Ausdruck einer «fremdenfeindlichen Grundhaltung» («Neue Zürcher Zeitung», 24. August 2006). Als 2002 die SVP-Volksinitiative «Gegen Asylrechtsmissbrauch» im Nationalrat zur Debatte stand, wurde die Realität der Missbräuche einmal mehr geleugnet. Stattdessen politisierten die Linken mit der Moralkeule. Cécile Bühlmann (GP/LU): «Politische Propagandaaktion der SVP», Ruth-Gaby Vermot (SP/BE): «fremdenfeindlich», Jean-Jacques Schwaab (SP/VD): «Hetze», Claude Janiak (SP/BL): «Sprücheklopferi».

<sup>58</sup> Die SP hat an ihrem Parteitag vom 2. Dezember 2006 das Referendum gegen die 5. IV-Revision ergriffen. Damit wollen sie selbst minimale Verbesserungen (Arbeit statt Verrentung) verhindern. Am 16. Februar 2007 empfahl die SP-Geschäftsleitung offiziell eine Nein-Parole zur IV-Revision.

<sup>59</sup> Als FDP-Nationalrat Philipp Müller mit statistischem Material nachwies, dass es einen Zusammenhang gebe zwischen der Aids-Ausbreitung in der Schweiz und der zunehmenden Zahl schwarzafrikanischer Asylbewerber und einen HIV-Test forderte, sprach die SP umgehend von «primitiver Angstmacherei» und «fremdenfeindlicher Muster». Die SP Schweiz bezeichnete Müller, dessen Aussagen einwandfrei belegbar sind, als «rassistischen Politiker».

<sup>60</sup> Nach der Massenvergewaltigung eines 13-jährigen Mädchens durch Ausländerkinder an einer Schule in Zürich Seebach wurden die durch die SVP geforderten härteren Massnahmen von der SP als «billige Profilierungsversuche» abgetan.

#### 4.4 Unterdrückung der Meinungsäusserungsfreiheit

Mit der **Antirassismus-Strafnorm** wird versucht, die freie Meinungsäusserung und das Benennen von drängenden Problemen zu unterdrücken. Um diese gesetzlichen Bestimmungen durchzusetzen, wurde eigens eine **Rassismus-Kommission** geschaffen. Die Zusammensetzung der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (ERK) spricht Bände. Hier geben sich Kirchenvertreter, Linksaktivisten und Repräsentanten von Gewerkschaften und Hilfswerken die Klinke in die Hand. Die ERK ist ein typisches Beispiel für die **linken Seilschaften** in Verwaltung, Hilfswerken und kirchlichen Körperschaften.

Immer wieder missbraucht dieses Gremium seine Plattform für politische Stellungnahmen: Es ist geradezu penetrant, wie

sich die ERK immer wieder gegen die Schweiz, gegen freiheitliche Werte und gegen die bürgerlichen Parteien äussert. Dagegen kämpft die SVP. Es ist falsch, wenn staatlich bezahlte Stellen Politik betreiben. Und es kann nicht angehen, dass diese Kreise sich **auf Kosten der Steuerzahler** gegenseitig **Aufträge für Gutachten und Forschungsprojekte** zuschanzen. Die Schweiz braucht kein Gremium, das vorschreibt, welche Meinungsäusserungen angebracht sind und welche nicht.

Die Linken jedoch wollen noch weiter gehen und verlangen eine noch schärfere Verfolgung der Meinungsfreiheit.<sup>61</sup> Diese Gesetzesartikel haben nur einen Zweck: Mittels Erhebung von Klagen bzw. Erstattung von Anzeigen sollen **politisch missliebige Meinungen unterdrückt und desavouiert** werden. Die Bürger sollen mundtot gemacht werden.

---

<sup>61</sup> Aus der SP-Wahlplattform 2007: «Es müssen strengere Strafnormen verabschiedet werden, damit Lügengeschichten und Verunglimpfungen von ausländischen Gemeinschaften geahndet werden können» (SP-Wahlplattform, S. 64). Alles, was der SP nicht passt, wird umgehend als «Verunglimpfung» oder «Fremdenfeindlichkeit» abgetan. So werden dringend nötige Debatten unterdrückt und Lösungen verhindert.

## Die Folgen und Auswirkungen des Antirassismus-Artikels sind absurd:

Der Publizist Frank A. Meyer wurde von der Grünen Partei eingeklagt, weil er am 5. September 2004 in seiner «SonntagsBlick»-Kolumne schrieb: «Die Ursachen des Islamismus und seines Terrors sind im Islam selber zu finden.» Mitte März 2005 hat die Staatsanwaltschaft dieses Verfahren eingestellt.

Der Solothurner SVP-Präsident Heinz Müller wurde eingeklagt, weil er im April 2005 in einem Interview mit der «Solothurner Zeitung» die erhöhte Gewaltbereitschaft von Kosovo-Albanern ansprach: «Die Ausländer kennen die Gepflogenheiten hier nicht und werden sie auch nicht lernen. Zum Beispiel die Kosovo-Albaner: Sie legen eine Gewaltbereitschaft an den Tag, die wir hier nicht kennen.» Nach einer Verurteilung durch den zuständigen Staatsanwalt zog Müller den Fall weiter und wurde in zweiter Instanz freigesprochen.

Der Bieler Polizeidirektor Jürg Scherrer wurde eingeklagt, weil er schrieb, dass «Einwanderer (sogenannte Flüchtlinge) aus dem Kosovo einen unverhältnismässig hohen Anteil an der zunehmenden Gewaltbereitschaft und Kriminalität in der Schweiz haben». Er wurde in erster Instanz zu einer Busse von 2000 Franken verurteilt; das Berner Obergericht bestätigte dieses Urteil. Erst das Bundesgericht befand Scherrer in seinem Urteil vom 6. Oktober 2004 für unschuldig (BGE 131 IV 23).

In Bäretswil wurden 1997 mehrere Personen angeklagt und zu Bussen verurteilt, weil sie sich in einer Fasnachtszeitung über die Entschädigungsforderungen jüdisch-amerikanischer Organisationen lustig machten.

In Hinwil wurde im Februar 1997 ein Strafverfahren gegen mehrere Personen eröffnet, welche in einer Fasnachtszeitung eine Schnitzelbank veröffentlichten, in welcher Asylbewerber als «Asylbetrüger» und Drogenhändler bezeichnet wurden. Die Angeklagten wurden zu Bussen verurteilt.

Januar 2007: Der «Weltwoche»-Journalist Urs Paul Engeler wird mit Hilfe der Antirassismus-Strafnorm eingeklagt, weil er die Subventionspolitik der Rätoromanen kritisiert hatte.

## 5. Immer weniger Freiheit, immer mehr Gesetze

Wenn es nach den Linken geht, hat der Staat das Sagen. Die persönliche Freiheit der Bürger ist sekundär. Es zählt das Kollektiv, nicht das Individuum. **Mit ihrer Staatsgläubigkeit und der daraus entspringenden Regulierungswut strangulieren die Linken das wirtschaftliche und politische Leben in unserem Land.** Noch nie wurden so viele Gesetze produziert wie heute.<sup>62</sup> Fanden die neuen Gesetze im Jahre 1900 noch auf 427 Seiten Platz, betrug der Umfang der Erlasse 2005 mehr als das Fünfzehnfache (fast 6700 Seiten). Der Paragraphenwald und die Bürokratie nehmen immer weiter zu – verbunden mit zunehmenden Einschränkungen für Bürger, Wirtschaft und Gewerbe.

Insgesamt betrug die systematische Sammlung des Landesrechts im Jahr 2006 zirka 56 000 Seiten – Tendenz stark steigend. Und noch nie wurden so viele unsinnige Vorschriften beschlossen:

- Seit kurzem sind Piercings und Tätowierungen<sup>63</sup> gesetzlich geregelt.
- In der Stadt Zürich ist für den Aushang von Fahnen an Hotels unter Umständen eine Gebühr zur Benützung des öffentlichen Luftraums<sup>64</sup> zu entrichten.

<sup>62</sup> Quelle: Bundeskanzlei.

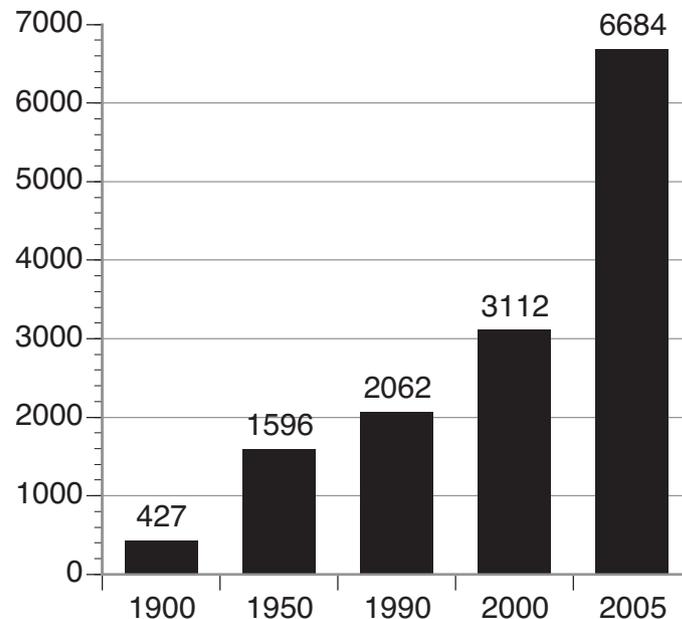
<sup>63</sup> Art. 40 der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung (LGV) vom 23. November 2005 sowie Art. 3 ff. der Verordnung über Gegenstände für den Schleimhaut-, Haut- und Haarkontakt sowie über Kerzen, Streichhölzer, Feuerzeuge und Scherzartikel vom 23. November 2005.

<sup>64</sup> Reglement über die Gebühren für Sondernutzungskonzessionen der Stadt Zürich (722.120).

<sup>65</sup> Richtlinien für die Möblierung von Boulevard-Restaurants und -Cafés, Baudepartement des Kantons Basel-Stadt, September 2006. Dieses Reglement bestimmt, dass Tische und Stühle «feingliedrig gestaltet» sein sollen und «auf die Umgebung abgestimmte Farben» aufweisen müssen. Pro Restaurant darf «nur ein Typ Sonnenschirm» verwendet werden, welche keine Drittwerbung (hingegen Eigenwerbung) aufweisen dürfen. Die Verwaltung kontrolliert die Einhaltung dieses Reglements.

<sup>66</sup> «Weltwoche», 27/05.

Anzahl Gesetzeseiten des Bundes



- Verschiedene Städte, so u.a. auch das Basler Baudepartement, haben genaue Richtlinien für die Möblierung des öffentlichen Raums<sup>65</sup> (Boulevardcafés usw.) erlassen.
- Im Kanton Bern braucht sogar die Grossmutter eine Bewilligung, wenn sie das eigene Grosskind regelmässig mehrmals wöchentlich betreut – sonst macht sie sich strafbar.<sup>66</sup>

## 5.1 Werbeverbote und Diskriminierung von älteren Menschen

Weitere Beispiele für von Rot-Grün initiierte Gesetze, die niemand braucht, gibt es zur Genüge. So fordert etwa SP-Nationalrätin Doris Stump vom Bundesrat ein neues Gesetz «für ein **Verbot von sexistischer Werbung**»<sup>67</sup>, womit 21 SP-Parlamentarier Werbung, bei der «... zwischen der das Geschlecht verkörpernden Person und dem Produkt kein natürlicher Zusammenhang besteht oder die Person in rein dekorativer Funktion als Blickfang dargestellt wird» in Zukunft verbieten wollen. Ohne jeglichen Mehrwert für die Gesellschaft würde hier also die Werbebranche in einer Art und Weise reguliert, die nur noch als lächerlich bezeichnet werden kann.

Ginge es nach dem Zürcher SP-Regierungsrat Markus Notter, würden **ältere Menschen den Führerausweis künftig nur noch befristet** erhalten. Für Verlängerungen wären regelmässige ärztliche Atteste erforderlich.<sup>68</sup> Eine weitere diskriminierende, unakzeptable und unnötige Regulierung, die diese immer grösser werdende Altersgruppe vor den Kopf stossen würde.

## 5.2 Unverantwortliche Belastung unserer KMU

Am **stärksten behindert** durch den ständigen Erlass von neuen Vorschriften wird aber gerade unsere Wirtschaft, besonders die **KMU und das Gewerbe**. Die Linke will die Kontrolle des Staates über unsere Unternehmen mittels Gesetzgebung ständig ausbauen.

Ein trauriges Beispiel hat kürzlich wieder einmal die eidgenössische Steuerverwaltung geliefert, indem sie über ein Kreisschreiben die Besteuerung von **indirekten Teilliquidationen** weiter ausgebaut und vor allem verkompliziert hat: eine weitere unnötige und komplizierte Vorschrift für unsere KMU mit dem Ziel, noch mehr Steuereinträge zu beschaffen.<sup>69</sup> In dieselbe Kategorie gehört die immer weiter ausufernde und schikanöse **Mehrwertsteuer-Bürokratie**.

Genauso unverständlich ist aber auch die ganze **Feinstaub-Hysterie** und die entsprechende linke Orgie von neuen Vorschriften für die Bevölkerung. So forderte die grüne Fraktion im Dezember 2006 ein nationales Notstandsprogramm bei Feinstaubbelastungen,<sup>70</sup> und die SP-Nationalrätin Evi Allemann verlangte im Juni 2005 einen Partikelfilter für jedes Dieselfahrzeug im Lande<sup>71</sup>. Dies ohne ein einziges Wort über die immensen Kosten und damit verbundenen, vielen neuen Vorschriften zu verlieren. Und vor allem ohne Blick auf die Fakten: Zwischen 1970 und 2005 hat sich die Feinstaubbelastung in der Schweiz praktisch halbiert<sup>72</sup> – und zwar nicht wegen der linksgrünen Politik, sondern vor allem wegen Weiterentwicklung und Innovationen der Automobilindustrie.

<sup>67</sup> Motion vom 23. Juni 2006, Geschäftsnummer 06.3373.

<sup>68</sup> Empfehlung der KKJPD an das Bundesamt für Strassen vom 10. November 2006.

<sup>69</sup> Vgl. das Kreisschreiben Nr. 14 der Eidg. Steuerverwaltung (ESTV), in Kraft seit Januar 2007. Zur indirekten Teilliquidation: Besitzeswechsel bei KMU, welche heute vielfach die Form einer AG haben, gelingen heute in der Regel nur, wenn der Veräusserer einen wesentlichen Teil des Kaufpreises in Form eines Darlehens stehen lässt. Am 11. Juni 2004 sorgte ein Entscheid des Bundesgerichts für Furore: Verschuldet sich ein Käufer für den Kauf einer Gesellschaft und stellen die künftigen, noch nicht realisierten Gewinne der erworbenen Gesellschaft die einzige finanzielle Basis für den Zinsendienst und die Schuldenamortisation dar, handelt es sich gemäss Bundesgericht um eine «Entreicherung» und damit um eine «indirekte Teilliquidation». Im Umfang der Differenz zwischen dem Verkaufserlös und dem Nennwert der veräusserten Beteiligung bezieht der Verkäufer nach Auffassung des Bundesgerichts einen Vermögensertrag. Der Realisationszeitpunkt ist der Zeitpunkt des Verkaufs. Der Verkäufer hat die Steuerschuld folglich unabhängig davon zu begleichen, ob er tatsächlich Mittel bezieht oder erst künftig beziehen wird (über ausgeschüttete Gewinne des Käufers). Diesen Entscheid, der für das Gewerbe nachteilig und nur im Sinne des Fiskus ist, hat die SVP kritisiert.

<sup>70</sup> Interpellation vom 4. Dezember 2006, Geschäftsnummer 06.3640.

<sup>71</sup> Motion vom 17. Juni 2005, Geschäftsnummer 05.3447/8.

<sup>72</sup> BAFU, Schriftenreihe, Umwelt Nr. 379, S. 41.

### 5.3 Linke Unterwanderung der freien Meinungs- äusserung

Ein gutes Beispiel ist auch der **Antirassismus-Artikel** im schweizerischen Strafgesetzbuch. Dieser Artikel ist ein symptomatisches Beispiel für den Staatsinterventionismus der linken. Systematisch sollen Tabuzonen geschaffen werden, systematisch sollen das öffentliche wie private Leben reglementiert werden.

In den Augen linker Kreise ist eine eigentliche **«Umerziehung» grosser Teile der Bevölkerung** nötig, um mehr politische Korrektheit zu erreichen. Ein Mittel für diese Umerziehung ist der Antirassismus-Artikel. Mittels Erhebung von Klagen bzw. Erstattung von Anzeigen sollen politisch missliebige Meinungen unterdrückt und desavouiert werden.

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch Ausführungen des Bundesrates in seiner Botschaft vom März 1992: Der Bundesrat sei sich bewusst, «dass strafrechtliche Bestimmungen allein nicht genügen, dem Phänomen der Fremdenfeindlichkeit und der Rassendiskriminierung zu begegnen. Wie das Übereinkommen bereits zum Ausdruck bringt, braucht es vor allem Massnahmen auf dem Gebiete der Erziehung und der Kultur, um das Verständnis zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu fördern und um die "Fremden" in unsere Gesellschaft zu integrieren, ohne dass sie zur Aufgabe ihrer fremden Identität gezwungen sind». <sup>73</sup>

### 5.4 Gegen Bürokratie, Überregulierung und unnötige Gesetze

Die Liste liesse sich beliebig fortsetzen mit unsinnigen Rauchverboten, neuen Lohnausweisen und vielem mehr. Und weiter verbetonieren linke Parteien und rot-grüne Beamte unsere Zukunft täglich mit neuen Paragraphen und Auflagen. Die Bürgerlichen haben zu lange zugesehen, wie die Linke die Schweiz kaputt gemacht hat. Leider haben auch immer wieder Angehörige der beiden Mitte-Parteien mitgeholfen, damit Rot und Grün Mehrheiten für völlig absurde Gesetze fanden. Und solche Gesetze werden von linken Anwälten immer häufiger auch missbraucht, nicht etwa um die Schweiz besser zu machen, sondern um gegen politische Gegner Politik zu betreiben. Nach dem Grundsatz, nur da Vorschriften zu erlassen, wo es wirklich unbedingt nötig ist, und mit dem Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes das höchstmögliche Mass an Freiheit zu gewähren, wird sich die SVP auch in Zukunft gegen Bürokratie, Überregulierung und unnötige Gesetze zur Wehr setzen. <sup>74</sup>

Die SVP kämpft als einzige Partei entschieden gegen den linken Regulierungswahn an. Sie hält sich an den bewährten Grundsatz: **«Wenn es nicht unbedingt nötig ist, ein neues Gesetz zu schaffen, dann ist es unbedingt nötig, kein neues Gesetz zu schaffen.»** <sup>75</sup>

---

<sup>73</sup> BBl 1992 III 272.

<sup>74</sup> Wahlplattform 2007 – 2011 der SVP, insbesondere S. 12, 22, 48, 60 und 82.

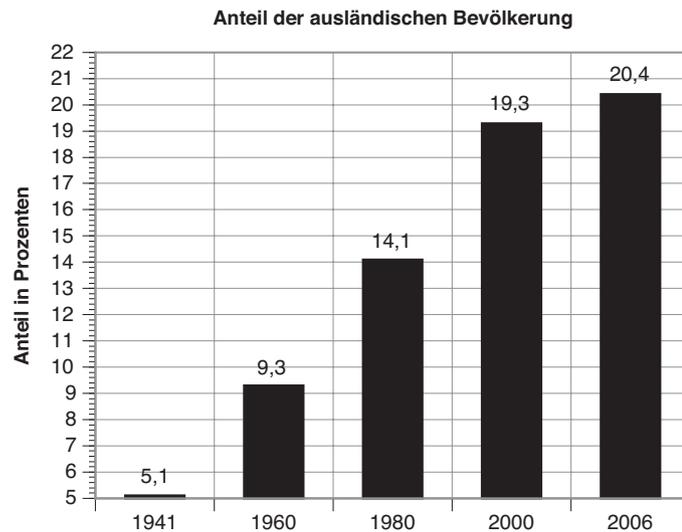
<sup>75</sup> Montesquieu (1689 – 1745).



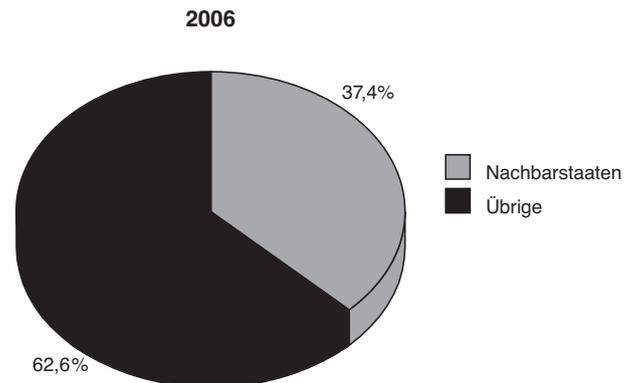
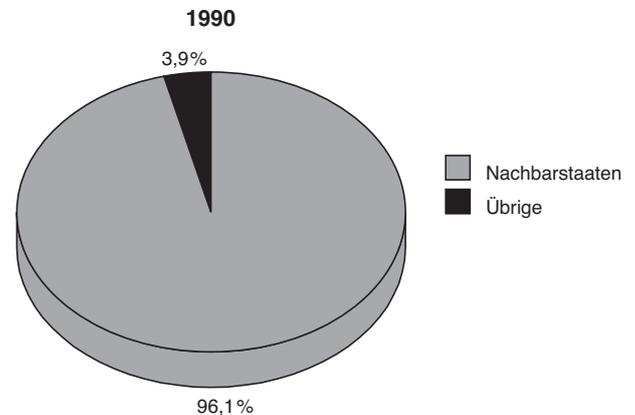
## 6. Ausländerpolitik: Noch mehr Zuwanderungsprobleme

Die Linken wollen die Grenzen auftun für alle<sup>76</sup>: Mehr Arbeitslosigkeit, mehr Kriminalität, mehr Sozialmissbrauch, schlechtere Schulen sind die Folgen. Der massive **Anstieg des Ausländeranteils in der Schweiz** ist bedenklich.

Der Ausländeranteil lag 1941 noch bei 5,1 %, stieg bis 1980 auf 14,1 % und liegt heute bei über 20 % (2006).



**Zusammensetzung Ausländeranteil**



<sup>76</sup>Vgl. hierzu z.B. das SP-Positionspapier «Grundlagen der Migrationspolitik» vom 19./20. Oktober 2002: «Sofortiger Familiennachzug, bedingungslos und unabhängig von der Aufenthaltsbewilligung des Ehegatten, auch für ihre Kinder bis zum 21. Altersjahr und für die eigenen Eltern und die Eltern des Ehegatten.» Das heisst: Die Linken wollen die Zuwanderungsprobleme noch verschärfen. Je später die Kinder kommen, je älter die zugewanderten Jugendliche sind, desto problematischer ist die Integration. Das zeigt die hohe Kriminalitätsrate und Arbeitslosigkeit von Jugendlichen mit bestimmtem Immigrationshintergrund (z.B. Balkan). Im Integrationspapier der SP vom 2. Dezember 2006 heisst es: «Die Schweiz ist ein Einwanderungsland. Sie tut im eigenen Interesse gut daran, eines zu bleiben» (S. 1).

## Die Linken sagen:

- **Es gibt für jedermann Arbeit in der Schweiz.**<sup>77</sup>
- **Der Sozialstaat soll für alle sorgen, die in die Schweiz einwandern wollen.**

Diese zwei Lügen sind tödlich für die Schweiz: Wer so politisiert, ist verantwortlich für Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Bildungsverfall und zerstört die Sozialwerke.

Die Linken bekämpften das neue Ausländergesetz, das die Zuwanderung regelt.<sup>78</sup> Ebenso bekämpften die Linken das neue Asylgesetz, das den grassierenden Asylrechtsmissbrauch eindämmen soll.<sup>79</sup> Dazu gehört auch der organisierte Drogenhandel von Asylbewerbern.

Die **Linken wollen eine Masseneinbürgerung**<sup>80</sup> ohne genaue Prüfung der Integrationsfähigkeit. So befürworteten die rot-grünen Parteien beide Vorlagen zur erleichterten Einbürgerung. Der Souverän jedoch hat beide Einbürgerungsvorlagen am 26. September 2004 deutlich abgelehnt.<sup>81</sup> Die SVP hat die Vorlagen als einzige Regierungspartei bekämpft.

Die Linken wollen **allen Ausländern** das **Stimm- und Wahlrecht** in den Gemeinden und Kantonen erteilen.<sup>82</sup> Das heisst: Die Linken wollen die Schweizerinnen und Schweizer zu einer Minderheit machen. Wenn es um Einbürgerungen, Steuersätze, Minarettbau, Religionsunterricht, Bildung oder was auch immer geht.

### 6.1 Wieder mehr Asylanten und Asylbetrüger

Die Folgen der über Jahre verfolgten linken Politik im Asylbereich sind verheerend:

- Mehr als drei Viertel aller Asylsuchenden können keine asylrelevanten Gründe vorbringen.
- Viele Asylsuchende geben keine amtlichen Identitätspapiere ab und erzwingen so den Aufenthalt in der Schweiz, da sie trotz eines negativen Asylentscheids mangels Papieren nicht in den Heimatstaat zurückgeführt werden können. Die Linken fordern die kollektive Aufnahme dieser Sans-Papiers.<sup>83</sup>
- Viele Asylsuchende nutzen die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel selbst in offensichtlich hoffnungslosen Fällen.
- Betrachtet man die Verurteilungszahlen der letzten Jahre,

so fällt der hohe Anteil an kriminellen Asylsuchenden besonders ins Auge: Junge männliche Asylsuchende weisen eine zweimal höhere Verurteilungsrate auf als Schweizer der gleichen Altersgruppen. Werden Strassenverkehrsdelikte und Widerhandlungen gegen ausländerrechtliche Bestimmungen und Militärstrafgesetz ausgeklammert, ist die Belastung der Asylsuchenden **12-mal** höher als bei Schweizern!<sup>84</sup>

<sup>77</sup> «Es muss kurz- und mittelfristig eine Migrationspolitik betrieben werden, welche die Zulassung von Personen aus Nicht-EU-Ländern an Kriterien bindet, die nur die Betriebe betreffen (Unterstellung unter einen GAV, direkte Finanzierung von Integrationsmassnahmen usw.)» (SP-Wahlplattform 2003, S. 30). Das heisst: Die Linken wollen den Arbeitsmarkt für Zuwanderer aus der ganzen Welt öffnen. Die Folgen: Noch mehr Arbeitslosigkeit, noch mehr Lohndruck, noch mehr Ausländer mit Integrationsproblemen. «Immigrierte Arbeitnehmende müssen die gleichen Förderungen für die berufliche und geografische Mobilität bekommen wie die hiesigen Arbeitnehmer/-innen» (SP-Wahlplattform 2003, S. 31). Das heisst: Statt dass sich die Zuwanderer um Integration bemühen, muss der Staat (das heisst wir) die Integration organisieren und bezahlen.

<sup>78</sup> Volksabstimmung vom 24. September 2006: Die Stimmbürger haben dem Ausländergesetz mit 68% Ja-Stimmen deutlich zugestimmt.

<sup>79</sup> Volksabstimmung vom 24. September 2006: Das Asylgesetz wurde mit 67,8% Ja-Stimmen deutlich angenommen.

<sup>80</sup> «Die Einbürgerung ist nach objektiven Kriterien zu regeln, damit die Chancengleichheit garantiert ist. Die Bestimmungen haben die Einbürgerung für die zweite und dritte Generation zu erleichtern» (SP-Wahlplattform 2003, S. 31). Das heisst: Das Schweizer Volk hat bei Einbürgerungen nichts mehr zu sagen.

<sup>81</sup> Die entsprechenden Bundesbeschlüsse wurden mit 56,8% Nein-Stimmen (erleichterte Einbürgerung der zweiten Generation) bzw. 51,6% Nein-Stimmen (dritte Generation) abgelehnt.

<sup>82</sup> «Ausländerinnen und Ausländer müssen das Stimm- und Wahlrecht erhalten, zuerst auf kommunaler und dann auf kantonaler Ebene» (SP-Wahlplattform 2007, S. 64).

<sup>83</sup> «Die Sans-Papiers sind Menschen, die versteckt unter uns leben müssen, obwohl sie nichts verbrochen haben. ... "Kein Mensch ist illegal". ... Unser Land kann mit ihrer Aufnahme ein Stück seiner eigenen Isolation beenden. Darum appelliere ich an seine Solidarität, die es für einmal mit einem Papier beweisen kann.» Adolf Muschg, Männedorf, 27. Oktober 2001, auf <http://www.sans-papiers-bern.ch/aktuell/muschg>.

<sup>84</sup> BFM, Schlussbericht der Arbeitsgruppe Ausländerkriminalität (AGAK), 5. März 2001.

Wenn die Linken gewinnen, heisst das: Asylschleusen auf. Begünstigung des Asylmissbrauchs. Mehr falsche Asylbewerber. Milliarden Steuergelder für Asylleerlauf und Millionen für den linken Asylkuchen. Die Linken bekämpften das neue Asylgesetz und damit auch alle Lösungsansätze gegen den Asylbetrug und den Asylrechtsmissbrauch. Und die Forderungen von Rot/Grün sind eindeutig:

«Der Aufenthalt der Asylbewerber/-innen soll unserer Tradition der Aufnahme von Verfolgten würdig sein, seien diese nun Opfer staatlicher oder privater Gewalt.»

*(SP-Positionspapier «Grundlagen der Migrationspolitik», 20. Oktober 2002, S. 4).*

«Akte privater Gewalt müssen als Verfolgungen anerkannt werden, sie verleihen Anrecht auf Asyl.»

*(SP-Wahlplattform 2007, S. 66)*

Das heisst: Die Linken wollen praktisch jedem Menschen dieser Welt Asyl gewähren. Auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Eine solche Bestimmung (jedes Opfer privater Gewalt soll aufgenommen werden) wird ein Steilpass für alle Asylbetrüger. Die Kosten und Probleme tragen die Schweizerinnen und Schweizer.

«Alle vorläufig aufgenommenen Personen müssen unverzüglich ihre Ehepartner/-innen und Kinder in die Schweiz nachkommen lassen dürfen.»

*(SP-Wahlplattform 2007, S. 66)*

Das heisst: Jeder Asylbewerber, der sich (oft unter dubiosen Umständen) ein vorläufiges Bleiberecht erstritten hat, kann umgehend die Familienangehörigen in die Schweiz holen lassen. Folgen: Hohe Kosten für den Unterhalt und eine spätere Ausweisung wird praktisch unmöglich.

<sup>85</sup> «Alle so beschäftigten Personen müssen – wie die EU-Bürger/-innen – das Recht auf Familiennachzug erhalten» (SP-Wahlplattform 2003, S. 30). In der SP-Wahlplattform 2007 heisst es: «Alle vorläufig aufgenommenen Personen müssen unverzüglich ihre Ehepartner/-innen und Kinder in die Schweiz nachkommen lassen dürfen» (S. 66). Das heisst: Noch mehr Zuwanderung, noch mehr schwer integrierbare Menschen aus Fremdkulturen, noch mehr Probleme in den Schulen, noch unkontrollierbare Zuwanderung. «Die Aufenthaltsbewilligung von Ehepartnern ist zu entkoppeln, und die Gültigkeit der Aufenthaltsbewilligung darf nicht mehr an einen gemeinsamen Haushalt gebunden bleiben» (SP-Wahlplattform 2003, S. 30). Das heisst: Wer einmal in der Schweiz ist, kann nicht mehr in sein Ursprungsland zurückgeschickt werden. Das leistet vor allem Scheinehen Vorschub.

<sup>86</sup> Alt Bundesrätin Ruth Dreifuss (SP) sprach im Abstimmungskampf zum neuen Asylgesetz von «Einzelfällen» beim Asylmissbrauch («Tages-Anzeiger», 7. April 2006). Bei der SVP-Volksinitiative «Gegen Asylrechtsmissbrauch» (2002) sprach der Genfer Nationalrat Patrice Mugny von einem «Spiegelbild der Missbrauchskultur» – und kritisierte damit die SVP, weil sie den Missbrauch beim Namen nannte! Zuerst wurde der Missbrauch im Asylwesen jahrelang geleugnet, dann hiess es im Abstimmungskampf zum neuen Asylgesetz (2006) plötzlich, die «verschärften Massnahmen können den Missbrauch nicht verhindern (Ruth Genner, Präsidentin Grüne Schweiz) bzw. «gegen Missbrauch nützen die Verschärfungen nichts» (Jürg Krummenacher, Direktor Caritas Schweiz) («Schweizer Illustrierte», 4. September 2006).

## 6.2 Unkontrollierte Zuwanderung

Wenn die anderen gewinnen, heisst das noch mehr Zuwanderung.<sup>85</sup> Und zwar Zuwanderung, die wir nicht wollen. Schlecht integrierbare Menschen. Menschen mit religiösen Vorstellungen, die nicht unseren demokratischen Werten entsprechen. Schlecht ausgebildete Menschen, die vom Sozialstaat leben wollen statt sich im Arbeitsmarkt zu behaupten. Noch mehr ungewollte Zuwanderung heisst noch mehr Probleme in den Schulen, heisst mehr Sozialprofiteure, heisst mehr Kriminalität, heisst Identitätsverlust. Die SVP steht für eine andere Politik.<sup>86</sup>

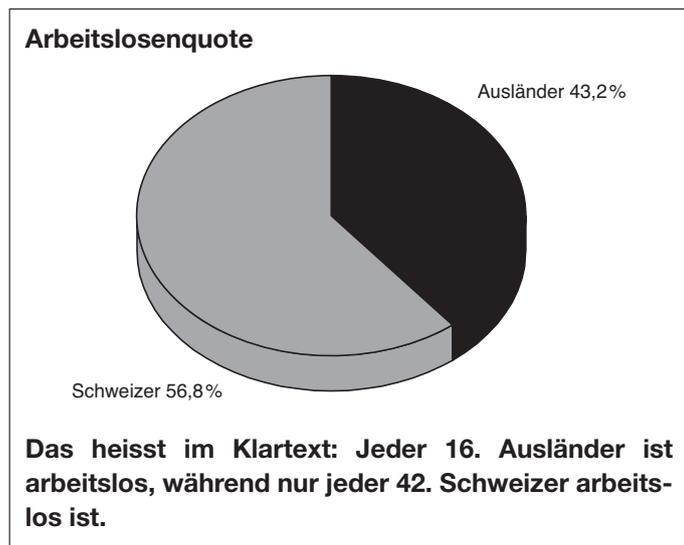
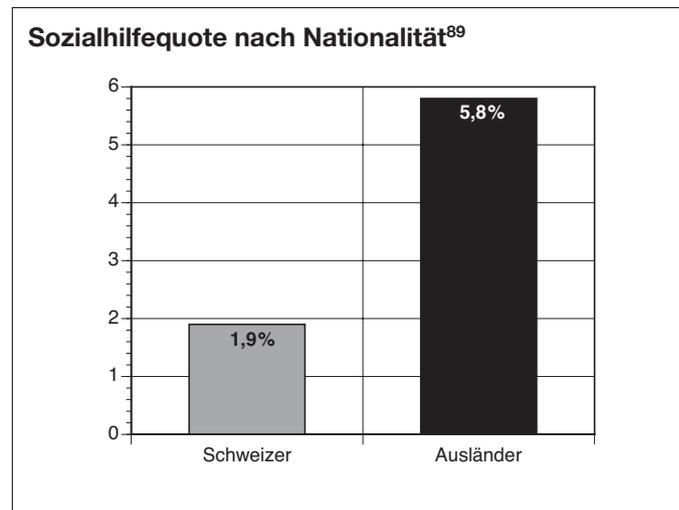
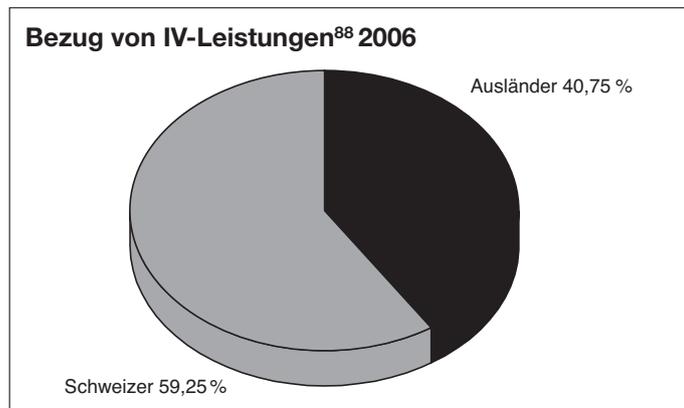
## 6.3 Ausländer belasten unsere Sozialwerke

### IV-Renten

Gion Pieder Casaulta und Marco Reichmuth weisen nach, dass Menschen aus Ex-Jugoslawien im Kanton Zug in den letzten Jahren 20,8 % der Neurenten bekamen, obwohl sie nur 6,1 % der Bevölkerung stellen – ein Befund, der sich nicht mit der Berufstätigkeit erklären lässt. Denn alle übrigen Aus-

länder ausserhalb von Ex-Jugoslawien bezogen 15,5 % der Neurenten und machten einen Bevölkerungsanteil von 16,3 % aus. Schweizer bezogen 62,9 % der Neurenten, obwohl sie 78,4 % der Bevölkerung stellen.<sup>87</sup>

Von 298 684 IV-Rentnern beziehen 67 766 Ausländer in der Schweiz und 36 942 Ausländer im Ausland eine Rente (Januar 2006). 39 % der Neurentner sind Ausländer (2006).



<sup>87</sup> Gion Pieder Casaulta, Marco Reichmuth; Moral Hazard in der 1. Säule, Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge, Band 50/2006.

<sup>88</sup> BSV, IV-Statistik 2006.

<sup>89</sup> BFS, Sozialhilfequote nach Nationalität und Geschlecht, 2004.

## 6.4 Verhättschelte Kriminelle und Kriminal-tourismus

Die SVP hat als einzige Partei die Verwahrung von schweren Gewalt- und Sexualverbrechen gefordert.<sup>90</sup> Die Linken und ihre Mitläufer schonen die Täter, verhättscheln Kriminelle und setzen die Bevölkerung den Gewaltverbrechern aus.

Den Linken haben wir die **Verhättschelung von Kriminellen** zu verdanken. Ihnen sind die Rechte der Täter wichtiger als die Sicherheit der Bevölkerung. Die Verhättschelung geht so weit, dass gemeingefährliche Täter für irgendwelche Therapieexperimente wieder in Freiheit gelassen werden und so die Bevölkerung gefährden.

Beispiel: Anfang 2006 hat der mehrfache Vergewaltiger «Albert G.» auf Hafturlaub an mehreren Frauen Gewalttaten verübt. Die Vollzugslockerungen wurden unter dem Zürcher SP-Justizdirektor Markus Notter bewilligt.

Die **linke Rechtsprechung** sieht in Tätern vor allem «Opfer der Gesellschaft». Täter sind aber primär Täter und sollen für ihre Straftaten büssen. Strafen sollen auch tatsächlich Strafen sein, abschreckend wirken und damit die Sicherheit der Bevölkerung stärken.

<sup>90</sup> Abstimmung vom 8. Februar 2004 über die Volksinitiative «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstrafäter». Die Initiative erzielte mit 56,2% Ja-Stimmen eine deutliche Mehrheit (Ständemehr: Zustimmung von 21,5 Kantonen). Trotzdem sperren sich die Linken noch Jahre später gegen die Umsetzung der Initiative (vgl. «Tages-Anzeiger», 25. November 2006). Der Grüne Nationalrat und Kommissionspräsident Daniel Vischer meint, die Rechtskommission habe nicht «kapituliert». Sie habe sich «nur geweigert, eine Verfassungsbestimmung umzusetzen, die völkerrechtswidrig ist». Hier gebe es «keinen Interpretationsspielraum»: «Es kann nicht Aufgabe des Gesetzgebers sein, rechtlich Unmögliches zu verwirklichen» («Tages-Anzeiger», 12. Dezember 2006).

<sup>91</sup> 60 Prozent aller Gefängnisinsassen stammen allein aus dem Balkan («Facts», 10. Juni 2004). Vgl. auch den Schlussbericht der Arbeitsgruppe Ausländerkriminalität (AGAK) vom 5. März 2001: «Insgesamt werden die höchsten Ausländeranteile bei Verurteilungen wegen Gewaltdelikten (vor allem Raufhandel und Angriff mit 82%), Betäubungsmittelhandel (80%) und (geschätztem) Einbruch (64%) ausgewiesen» (S. 6).

<sup>92</sup> Bundesamt für Polizei, Bericht Innere Sicherheit der Schweiz 2002, S. 18.

<sup>93</sup> Bundesamt für Polizei, Bericht Innere Sicherheit der Schweiz 2005, S. 53 f.

Wenn die anderen gewinnen, heisst das: mehr Spielraum für Kriminelle. **Verbrecher werden zu weich angefasst. Ausländerkriminalität wird verleugnet.** Dabei ist die Faktenlage eindeutig.<sup>91</sup> Dies belegen zahlreiche Berichte des Bundesamts für Polizei:

«Beim Drogenhandel in der Schweiz liegt der Ausländeranteil der wegen Handels verzeigten Personen bei rund 80 %. Die wichtigsten Gruppen sind dabei ethnische Albaner, die den Handel mit Heroin in der Schweiz dominieren, und westafrikanische Gruppierungen, die den Strassenhandel von Kokain beherrschen und praktisch in der ganzen Schweiz tätig sind. Insbesondere bei den westafrikanischen Gruppierungen wurde eine erhöhte Gewaltbereitschaft festgestellt. Es liegen Hinweise vor, wonach sich die Gruppen krimineller ethnischer Albaner langsam aus dem Strassenhandel zurückziehen, verdeckter operieren und ihre Aktivitäten zum Teil auf Menschenhandel und Prostitution verlagern. Nach wie vor dominant sind kriminelle ethnische Albaner im Grosshandel mit Heroin.»<sup>92</sup>

«Die Aktivitäten krimineller Gruppen ethnischer Albaner haben sich nicht entscheidend verändert. Deren Netzwerke dominierten den gesamten Schweizer Heroinmarkt und versuchten, ihre kriminellen Aktivitäten weiter zu diversifizieren. So wurde neben Heroin und Kokain auch mit synthetischen Drogen gehandelt. Darüber hinaus versuchten die Gruppen, im lukrativen Rotlichtmilieu weitere Marktanteile zu gewinnen. Hinweise lassen darauf schliessen, dass ihr Einfluss im Menschen schmuggel und etwas eingeschränkter im Menschenhandel weiter zunehmen dürfte. Südosteuropa ist eine der wichtigsten Transitregionen beim Menschen schmuggel nach Westeuropa. Dabei spielen albanische Schleuserorganisationen eine bedeutende Rolle. Durch den Drogenhandel sind die ethnisch-albanischen kriminellen Gruppen bereits exzellent transnational vernetzt und können so von ihren Erfahrungen und Kontakten profitieren.»<sup>93</sup>

«Die weltweit aktiven westafrikanischen kriminellen Gruppierungen sind auch in der Schweiz hauptsächlich an Drogenhandel, Betrugsdelikten, Menschenhandel und Fälschungen von Dokumenten aller Art beteiligt. Die Drahtzieher sind dabei meist nigerianischer Herkunft. Zu den Merkmalen dieser kriminellen Gruppierungen gehört das taktisch und psychologisch geschickte Ausnützen von Drittpersonen.»<sup>94</sup>

Lieber werden Autofahrer wegen kleinster Verfehlungen gebüsst, während die wirklichen Probleme liegen bleiben: Gewalt und Vandalismus, Einbruchserien und Asylkriminalität, Drogenhandel, Menschenhandel und Zwangsprostitution, eine zunehmende Bedrohungskultur durch bestimmte Volksgruppen sowie die zunehmende Verwahrlosung von Jugendlichen.

Auch die Strassen sind unsicher geworden. Frauen werden primitiv angemacht. Grundlose Pöbeleien auf Festen und in Diskotheken. Ausländer verprügeln Schweizer Rekruten. Asylbewerber dealen wie selbstverständlich mit Drogen. Die Jugendgewalt nimmt erschreckend zu. Drohungen gehören schon zur Tagesordnung.

**Dank der linken Politik ist die Schweiz äusserst attraktiv für Kriminaltouristen:** Das gut ausgebaute Rechtssystem und der hohe Gefängnisstandard wirkt vor allem für Kriminelle aus Drittweltstaaten wenig abschreckend. Gewinnen die Linken, wird die Verhätschelung der Kriminellen weitergehen.

## 6.5 Ausländerkriminalität

Die Kriminalität von Ausländern ist gemessen an der ausländischen Einwohnerzahl von etwa 20% besonders hoch. Die höchsten Ausländeranteile werden bei Verurteilungen wegen Gewaltdelikten (vor allem Raufhandel und Angriff mit 82%), Betäubungsmittelhandel (80%) und Einbruch (64%) ausgewiesen.<sup>95</sup>

Weitere Zahlen verdeutlichen diese Problematik noch stärker: Im Jahr 2005 waren:

■ **70,5 Prozent aller Inhaftierten Ausländer.**<sup>96</sup>

■ **50 Prozent aller Verurteilten Ausländer.**

Betrachtet man die genauen Herkunftsländer der ausländischen Täter, beispielsweise bei den Zahlen des Kantons Aargau, so ergibt sich ein klares Bild: 48,2 % stammen aus Ex-Jugoslawien (36,7%) und der Türkei (11,5%).<sup>97</sup>

Dieser steigende Trend muss gestoppt werden. Der linken Politik der Verharmlosung muss endlich Einhalt geboten werden.

<sup>94</sup> Bundesamt für Polizei, Bericht Innere Sicherheit der Schweiz 2003, S. 12.

<sup>95</sup> BFM, Schlussbericht der Arbeitsgruppe Ausländerkriminalität (AGAK), 5. März 2001.

<sup>96</sup> BFS, Kennzahlen zu den Einrichtungen des Freiheitsentzugs.

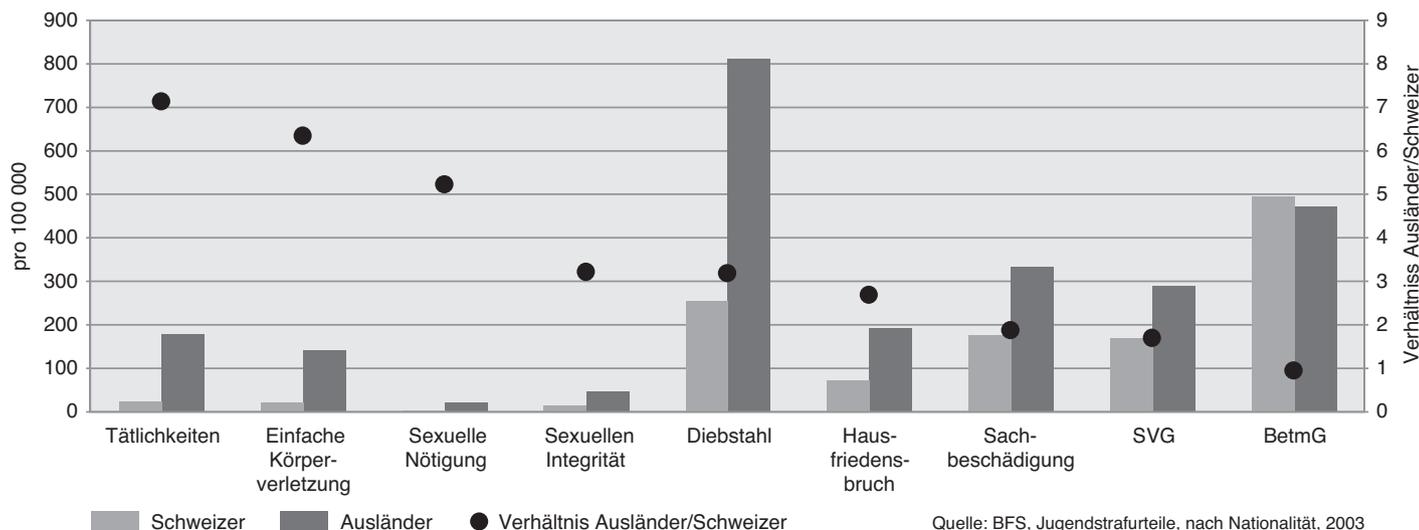
<sup>97</sup> Kantonspolizei Aargau, Kriminalitätsbekämpfung/Statistik 2005.

## 6.6 Jugendgewalt

2003 betrafen 32% der Jugendstrafurteile ausländische Jugendliche. Davon stammten 46,9% aus Ex-Jugoslawien (29,9%), der Türkei (6,6%) und dem übrigen Osteuropa (10,4%).<sup>98</sup>

Während sich Schweizer Minderjährige häufiger gegen das Betäubungsmittelgesetz strafbar machen, überwiegen bei den ausländischen Kindern und Jugendlichen Tötlichkeiten, einfache Körperverletzung, sexuelle Nötigung, einfache Körperverletzung, Drohungen, Diebstahl oder sexuelle Nötigung.

Laut der Kriminalstatistik vom Bundesamt für Polizei kam es im Jahr 2005 zu 646 Vergewaltigungen in der Schweiz. 353 Täter konnte die Polizei ermitteln. Von diesen Personen waren 52 noch minderjährig und 302 Ausländer.<sup>99</sup> 2006 machten vor allem **Sexualdelikte von Jugendlichen mit ausländischer Herkunft** traurige Schlagzeilen. Kein Wunder, dass danach der Ruf nach einer Abkehr von dieser linken Fehlpolitik laut wird.



<sup>98</sup> BFS, Statistik der Jugendstrafurteile 2003, Neuchâtel, Januar 2005.

<sup>99</sup> Bundesamt für Polizei, Polizeiliche Kriminalstatistik PKS, Juni 2006.

In der Stadt Zürich vergewaltigte eine Bande von Jugendlichen ein 13-jähriges Mädchen. Die Medien und Behörden versuchten die Herkunft der Täter zuerst zu vertuschen. Tage später schrieb der «Tages-Anzeiger»: «Unter den zwölf Verhafteten sind sechs Schweizer. Es soll sich um eingebürgerte Jugendliche aus dem Balkan und der Türkei handeln; die restlichen stammen ebenfalls aus dem Balkan sowie je einer aus Italien und der Dominikanischen Republik. Alle zwölf Jugendlichen haben polizeiliche Vorakten, unter anderem wegen Raubdelikten.»

Ebenfalls im November 2006 wurde eine Massenvergewaltigung in Steffisburg BE bekannt. Die Täterschaft: zwei albanische Brüder (15 und 16 Jahre alt), ein Pakistani (15), ein Schweizer tamilischer Herkunft (16), ein Brasilianer (18) und zwei weitere 18-jährige Ausländer.

Ebenfalls im November 2006 wurde publik, dass die katholische Kirche in Muttenz BL massiv geschändet wurde. Jugendliche verschmierten den Altarbereich mit Kot, urinierten ins Taufbecken, rissen Blumen aus und zerstörten weiteres Inventar. Der Fall wurde national nicht bekannt gemacht, obschon die Täter erwischt wurden: Es handelte sich um muslimische Knaben aus dem Balkan.

Bereits Anfang Jahr 2006 ereignete sich im bündnerischen Rhäzüns ein brutales Vergehen an einem 5-jährigen Mädchen. Die Vergewaltiger: zwei Jungen (10 und 13 Jahre alt) aus dem Kosovo.

## 6.7 Linke fordern die kollektive Aufnahme der Sans-Papiers

«Die Sans-Papiers sind Menschen, die versteckt unter uns leben müssen, obwohl sie nichts verbrochen haben. ... "Kein Mensch ist illegal" ... Unser Land kann mit ihrer Aufnahme ein Stück seiner eigenen Isolation beenden. Darum appelliere ich an seine Solidarität, die es für einmal mit einem Papier beweisen kann.»<sup>100</sup>

---

<sup>100</sup> Adolf Muschg, Männedorf, 27. Oktober 2001, auf <http://www.sans-papiers-bern.ch/aktuell/muschg>

## 6.8 Unglaubliche Explosion der Einbürgerungszahlen

Die mittlerweile **verheerenden und chaotischen Zustände** in gewissen Städten und Regionen der Schweiz haben nicht zuletzt mit der unkontrollierten Einwanderungspolitik und mit der **liederlichen Einbürgerungspraxis** zu tun.

Erklärtes Ziel der Linken ist es, mittels der **Vereinfachung des Einbürgerungsverfahrens** den **Ausländeranteil künstlich zu senken**. Aus diesem Grund sind ihnen die demokratischen Einbürgerungsentscheide ein Dorn im Auge. Das Bürgerrecht soll nach Ansicht der Linken mittels **Verwaltungsakt** verliehen werden. Behörden sollen entscheiden – die Stimmbürger sollen ausgeschaltet werden.

Bereits jetzt ist festzustellen: In den vergangenen 15 Jahren ist die Zahl der Einbürgerungen sprunghaft angestiegen.

### Jährliche Einbürgerungen

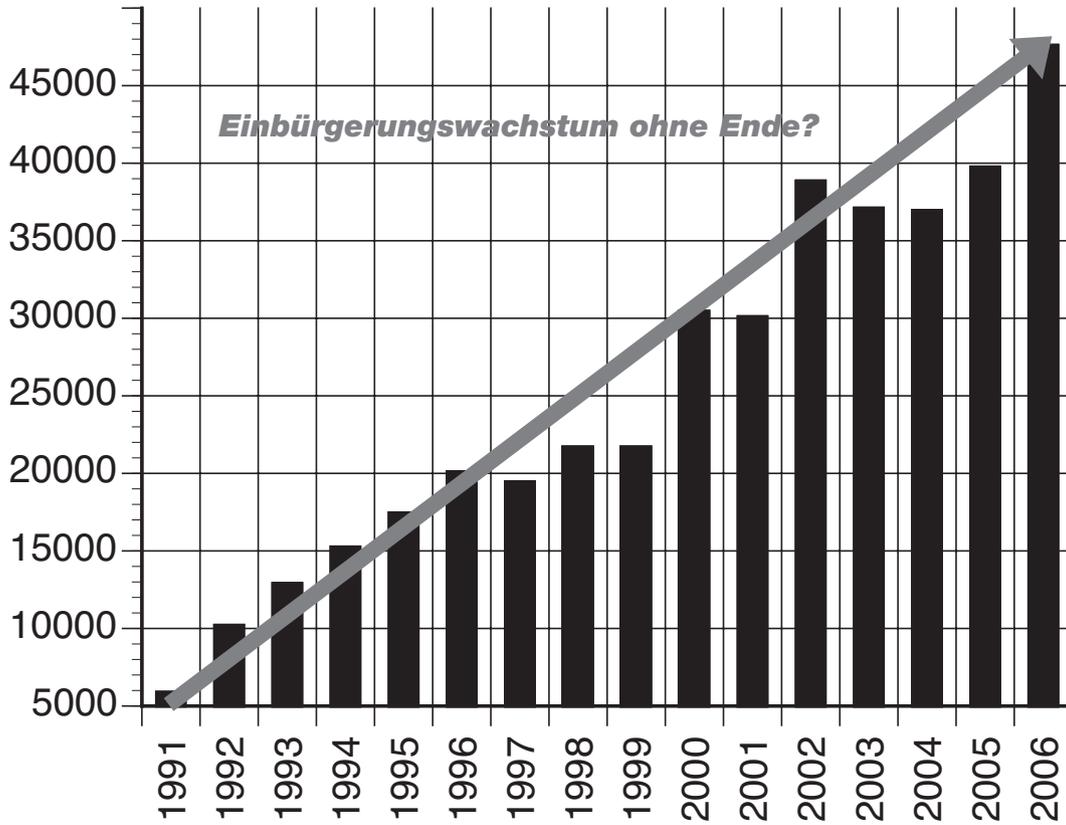
<b>1990</b>	<b>6 183</b>
<b>1995</b>	<b>17 453</b>
<b>2000</b>	<b>30 452</b>
<b>2001</b>	<b>30 075</b>
<b>2002</b>	<b>38 833</b>
<b>2003</b>	<b>37 070</b>
<b>2004</b>	<b>36 957</b>
<b>2005</b>	<b>39 753</b>
<b>2006</b>	<b>47 607</b>
<b>Total:</b>	<b>405 375</b>

## 6.9 Stete Zunahme der Zuwanderung

Jedes Jahr wandern rund 100 000 Menschen in die Schweiz ein. Der grösste Teil von ihnen kommt durch Familiennachzug/Heirat.

<b>1990</b>	<b>117 711</b>
<b>1995</b>	<b>94 268</b>
<b>2000</b>	<b>87 448</b>
<b>2001</b>	<b>101 353</b>
<b>2002</b>	<b>101 876</b>
<b>2003</b>	<b>94 049</b>
<b>2004</b>	<b>96 270</b>
<b>2005</b>	<b>94 357</b>
<b>2006</b>	<b>102 657</b>

## Anzahl Einbürgerungen pro Jahr



# 7. Die Folgen der linken Bildungspolitik

Kein anderes europäisches Land gibt mehr Geld pro Schüler aus als die Schweiz. Und doch landen wir in der internationalen «Pisa»-Studie zur Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler abgeschlagen im Mittelfeld. Warum? Weil die Linken die Schulpolitik bestimmen!

## 7.1 Kuschelpädagogik statt Wettbewerb und Leistungsprinzip

Die 68er-Bewegung hat sich in den letzten Jahrzehnten regelrecht im Bildungsbereich festgesetzt. **Die Folgen dieser linken Unterwanderung sind verheerend: antiautoritäre Pädagogik, Abschaffung der Noten in der Grundschule, generelle Abkehr vom Leistungsprinzip, negative Besetzung von positiven Begriffen wie Fleiss, Disziplin und Tüchtigkeit.**

**Disziplinlosigkeit, Unordnung, Unkonzentriertheit prägen den heutigen Schulalltag in der Schweiz.** Angst, Gewalt, Alkohol- und Drogenprobleme sind auf schweizerischen Pausenplätzen traurige Wirklichkeit.

Hier gilt es den Hebel anzusetzen: Der Wettbewerb muss gestärkt und die Rückkehr zum Leistungsprinzip angestrebt werden. **Leistung muss etwas zählen und mit Noten bewertet werden.** Die Schüler haben ein Recht darauf zu wissen, wo ihre Stärken und Schwächen liegen. Dies ist auch als Vorbereitung auf den harten Arbeitsalltag zu sehen.

Die Abschaffung der Noten schwächt das Leistungsprinzip in der Grundschule. Es macht keinen Sinn und ist im Gegenteil kontraproduktiv, wenn mit verwässerten Aussagen seitens der Grundschullehrer die Eltern als auch die Schüler über ihre Kompetenz im Unklaren gelassen werden.

In der Grundschule und in den weiterführenden Ausbildungsgängen ist mit **strengeren Lehrplänen** den **Erfordernissen der Arbeitswelt** entgegenzukommen. Konkret bedeutet dies eine Stärkung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer wie auch eine Fokussierung auf die **Beherrschung der Unterrichtssprache**. Es ist niemandem gedient, wenn die Schüler nach Abschluss ihrer Ausbildungszeit mit minimalen Kompetenzen in diesen Schlüsselbereichen ins Berufsleben starten müssen.

## 7.2 Falsche Einwanderungspolitik führt zu Problemen an Schulen

Die **falsche Einwanderungspolitik** hat auch ihren Einfluss auf die Probleme an unseren Schulen. Auch die «Pisa»-Studie belegt: **Sind zu viele Ausländerkinder in einer Klasse, sinken die schulischen Leistungen aller Kinder.** Trotzdem wollen die rot-grünen Politiker **immer mehr Ausländer aus fremden Kulturen** in unser Land holen. Darunter leiden vor allem unsere Kinder.

Dagegen kämpft die SVP: **Es darf nicht sein, dass unsere Kinder unter dem negativen Einfluss integrationsunwilliger Zuwanderer zu leiden haben.**

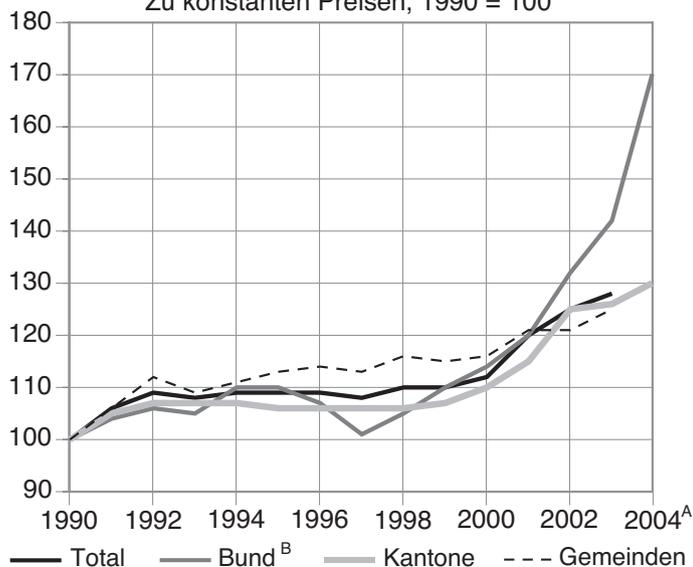
Schüler mit **ungenügenden Deutschkenntnissen** sind so lange **getrennt zu unterrichten**, bis sie das erforderliche Niveau erreichen. Und gewalttätige junge Ausländer sind hart zu bestrafen. Ausländischen Eltern, die nicht auf ihre kriminellen Kinder aufpassen, ist die Aufenthaltsgenehmigung zu entziehen, und sie sind auszuweisen.

### 7.3 Verschwendung und ineffizienter Einsatz der Mittel

In jeder Budgetdebatte wird von linker Seite immer wieder das Argument des Sparens im Bildungsbereich bemüht. Mit Schlagworten und unwahren Grafiken operierend, wird man nicht müde, dies zu kommunizieren. Die Realität spricht jedoch eine andere Sprache: **In die Bildung wird seit den Neunzigerjahren jedes Jahr massiv mehr Geld investiert.**

Obwohl die Ausgaben stetig angestiegen sind, geht das Jammern linker und linksbürgerlicher Kreise weiter. So hat der Bundesrat im Rahmen der Beratung zur BFI-Botschaft 2008 – 2011 nach einer unsäglichen, an einen orientalischen Basar erinnernde Debatte, nachträglich die jährlichen Mittel des BFI-Kredits von 4,5% auf 6% erhöht. Dies, obschon der erste Vorschlag von 4,5%, verglichen mit den anderen Aufgabenbereichen des Bundes, eine stark überproportionale Erhöhung bedeutet hätte.<sup>101</sup>

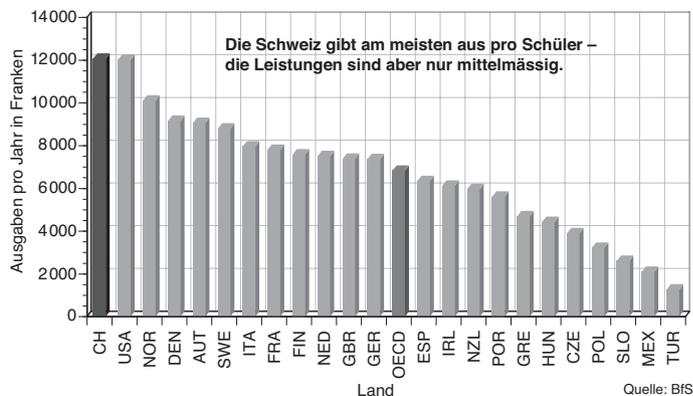
#### Öffentliche Bildungsausgaben nach Finanzierungsquelle, Entwicklung Zu konstanten Preisen, 1990 = 100



© Bundesamt für Statistik

### 7.4 Immer mehr Geld für immer weniger Leistung?

Man müsste meinen, dass mit den massiven Geldzuflüssen, welche seit den Neunzigerjahren in den Bildungsbereich fließen, auch die Leistung zugenommen hat. Das Gegenteil ist der Fall. Die Schweiz rangiert in der «PISA»-Studie im Mittelfeld, dies, obwohl sie im internationalen Vergleich am meisten pro Schüler ausgibt:



Es ist offensichtlich, dass mehr Geld nicht zwingend mehr Wissen erzeugt. Die SVP fordert deshalb mit Nachdruck, dass die vorhandenen Gelder effizient und sinnvoll eingesetzt werden.

<sup>A</sup> Provisorische Daten  
<sup>B</sup> die seit 1997 entstandenen Fachhochschulen sind ein neuer Ausgabeposten des Bundes

<sup>101</sup> Das durchschnittliche Ausgabenwachstum des Bundes für dieses Jahr beträgt 3%.

# 8. Aufgeblähter Sozialstaat: Bezahlen ohne Ende?

In den fatalen Neunzigerjahren wurde die Anspruchsmentalität gegenüber dem Staat gezüchtet. Statt in Eigenverantwortung zu leben, machte sich die Hohle-Hand-Mentalität breit. Die Linke fördert diese Mentalität. Denn jeder staatsabhängige Bürger ist ein potenzieller Wähler für die Linken. Jeder staatsabhängige Bürger ernährt den Sozialfilz und dessen Profiteure.

## 8.1 Anspruchsmentalität fördern statt Leistung und Erfolg belohnen

Je mehr Linke, desto mehr Staatsabhängige. Je mehr Staatsabhängige, desto mehr Linke. Das deutlichste Beispiel liefert die Stadt Basel. Die rot-grüne Politik macht aus dieser Stadt trotz der Chemiemultis einen Sozialfall:

- Die zweithöchsten Kantonsschulden in der Schweiz.<sup>102</sup>
- Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Schweiz.<sup>103</sup>
- Die zweithöchsten Krankenkassenprämien der Schweiz.
- Die höchste IV-Rentnerquote (9,18% der Menschen im Erwerbsalter<sup>104</sup>)
- Die höchste Sozialhilfequote der Schweiz.<sup>105</sup>
- Rund ein Viertel der Bevölkerung hat kein eigenes Einkommen: Knapp 13 000 Menschen beziehen Sozialhilfe, 4000 leben vom Arbeitslosengeld, 17 000 leben von der Invalidenrente; 11 000 brauchen Ergänzungsleistungen zu AHV oder IV.<sup>106</sup>

**In den fatalen Neunzigerjahren kam die linke Selbstbedienungsmentalität zum totalen Durchbruch.** Ob im Sozialwesen oder im Gesundheitswesen, ob im Asylwesen oder in den Verwaltungen, ob in den Schulen, im Kulturbetrieb oder in den Staatsmedien: Die Linken und ihre Mitprofiteure zweigen **Milliarden Steuerfranken** für sich und ihre Klientel ab.

Allein diese ausserordentlichen Transfers an die Sozialwerke und Vorsorgeeinrichtungen des Bundes entsprechen einem knappen Viertel der aktuellen Bundesschuld. Doch damit nicht genug. Auch sonst genossen die Angestellten der öffentlichen Verwaltung lange Zeit eine **Vorzugsbehandlung durch die Linke.**

<sup>102</sup> Die Schulden in Basel stiegen von 1990 bis 2004 von 2,5 auf knapp 5 Mrd. Franken (Bericht des Bundesrates über die Schuldenentwicklung der öffentlichen Haushalte, 14. Dezember 2006).

<sup>103</sup> Die Pro-Kopf-Verschuldung in der Schweiz betrug 2004 im Durchschnitt 9700 Franken. In Basel beträgt die Pro-Kopf-Verschuldung 25 800 Franken (Bericht des Bundesrates über die Schuldenentwicklung der öffentlichen Haushalte, 14. Dezember 2006).

<sup>104</sup> IV-Statistik 2006.

<sup>105</sup> Die Sozialhilfequote im Kanton Basel-Stadt beträgt 6,5%. Der schweizerische Durchschnitt liegt derweil bei 3,0% (BFS, Sozialhilfestatistik 2004).

<sup>106</sup> «Weltwoche», Oktober 2006.

Einige Fakten:

- Bei den SBB gibt es heute mehr Pensionierte als Aktive!
- Das Invaliditätsrisiko in der Verwaltung ist mit 0,83% wesentlich grösser als im Durchschnitt aller Branchen 0,56%. Nach dem Hoch- und Tiefbau ist es nirgends so gefährlich, invalid zu werden wie in der Verwaltung. In der Verwaltung gibt es wesentlich mehr IV-Fälle als in der Landwirtschaft, in Produktionsbetrieben oder im Gastgewerbe.<sup>107</sup>
- Jeder SBB-Mitarbeiter fehlte z.B. im Jahr 2002 im Durchschnitt 16,56 Tage am Arbeitsplatz (ohne Ferien, Feiertage usw).<sup>108</sup>
- In den Jahren 1998 bis 2004 lag das durchschnittliche Pensionsalter der SBB (inkl. Invalidenpensionierungen) zwischen 57,2 und 59,5 Jahren.<sup>109</sup> Im Jahre 2005 lag das durchschnittliche Rücktrittsalter bei 60,9 Jahren.<sup>110</sup>
- Ausserordentliche Bundesbeiträge an die Pensionskassen
  - der Post 4,3 Mrd. Fr.
  - der SBB 12,5 Mrd. Fr.
  - der Bundespensionskasse 12,8 Mrd. Fr.
- Ausserordentlicher Transfer von Mitteln aus der für die Soldaten bestimmten Erwerbsersatzordnung an die IV: 3,7 Mrd. Franken.

## 8.2 Gefährlicher Ausbau des Sozialstaats

Die **Linke baut den Sozialstaat aus** – aber die Finanzierung kümmert die Genossen nicht. Es werden **neue Leistungen im Umfang von mehreren Milliarden Franken** gefordert – bezahlen müssen die arbeitende Bevölkerung und die Wirtschaft. Eine solche Politik zerstört die Wirtschaftskraft, sorgt für Arbeitslosigkeit und bringt unzählige neue Steuern und Zwangsabgaben.

Die SP-Wahlplattform 2007 enthält eine Vielzahl solcher Forderungen:

- «Mit einer unentgeltlichen Krankenversicherung für Kinder im Rahmen der Volksinitiative für eine soziale Einheitskrankenkasse müssen die Familien entlastet werden.»<sup>111</sup>
- «Zur gezielten Bekämpfung der Armut müssen Familien-Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien eingeführt werden. Statt Steuerabzüge sind Steuergut-

schriften einzuführen. Damit können Familien mit mittleren und unteren Einkommen gezielt entlastet werden.»<sup>112</sup>

- «Es braucht einen bezahlten Elternurlaub sowie die bezahlte Freistellung zur Pflege kranker Kinder.»<sup>113</sup>
- «Mehr Mittel für Integrationsprogramme für Kinder und Eltern aus zugewanderten Familien sind unerlässlich.»<sup>114</sup>
- «Das flexible Rentenalter ab 62 für alle, verankert im AHV-System und ohne Rentenkürzungen, muss endlich realisiert werden und darf nicht auf Kosten der Frauen gehen. Die SP Schweiz unterstützt die Volksinitiative der Gewerkschaften "Für ein flexibles AHV-Alter".»<sup>115</sup>
- «Der massive Leistungsabbau bei der 5. IV-Revision ist abzulehnen. Der Zugang zur IV-Rente muss auch in Zukunft sichergestellt sein; der Begriff der Invalidität darf nicht diskriminierend angewendet werden.»<sup>116</sup>
- «Die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung sollen wie bei der AHV auf das gesamte Erwerbseinkommen erhoben werden.»<sup>117</sup>
- «Ein Vaterschaftsurlaub von mindestens zwei Wochen, angefangen in den öffentlichen Verwaltungen auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene und in der Privatwirtschaft, ist einzuführen. Langfristig ist ein Elternurlaub zu fordern.»<sup>118</sup>
- «In den öffentlichen Verwaltungen auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene ist eine Geschlechterquote in Führungsfunktionen einzuführen, die sowohl eine Teilzeit- als auch Geschlechterquoten berücksichtigt.»<sup>119</sup>

<sup>107</sup> Bericht Invalidität nach Branchen, 13. Mai 2004.

<sup>108</sup> Personal- und Sozialbericht der SBB 2001/2002, S. 26.

<sup>109</sup> Geschäftsbericht der SBB-Pensionskasse 2002 bzw. 2004 (berechnet aufgrund der Tabellen 8 und 9 bzw. 9 und 10; Bestandesentwicklung Aktive und Durchschnittsalter Aktive).

<sup>110</sup> Pensionskasse SBB, Kurzbericht, S. 9.

<sup>111</sup> SP-Wahlplattform 2007, S. 25. Die besagte Volksinitiative wurde am 11. März 2007 mit 71,2% Nein-Stimmen abgelehnt.

<sup>112</sup> SP-Wahlplattform 2007, S. 25.

<sup>113</sup> SP-Wahlplattform 2007, S. 25.

<sup>114</sup> SP-Wahlplattform 2007, S. 26.

<sup>115</sup> SP-Wahlplattform 2007, S. 30.

<sup>116</sup> SP-Wahlplattform 2007, S. 30.

<sup>117</sup> SP-Wahlplattform 2007, S. 30.

<sup>118</sup> SP-Wahlplattform 2007, S. 34.

<sup>119</sup> SP-Wahlplattform 2007, S. 34.

### 8.3 Die SP als willfährige Gehilfin der Gewerkschaften

SP-Präsident Hans-Jürg Fehr sagte am diesjährigen Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (9. November 2006): «Wir waren, wir sind und bleiben die stärksten Partner.»<sup>120</sup>

#### Die gewerkschaftlichen Forderungen dieses Kongresses:

- **Ausbau des Mutterschaftsurlaubes**
- **Voll bezahlter Vaterschaftsurlaub**
- **«Kostenlose» Kinderbetreuung**
- **Lebenslanges Recht auf Bildung inklusive kostenloser Weiterbildung bzw. Zweitausbildung**
- **Flexibler Altersrücktritt**
- **Mindesteinkommen von 3000 Franken für Rentner**
- **13. AHV-Rente**

Das sind alles Forderungen, die Milliarden Franken neuer Abgaben und Steuern bedeuten. Bezahlen muss der Mittelstand, die arbeitende Bevölkerung, die Unternehmen.

#### Verstaatlichung der Familien und der Erziehung:

- **Erhöhung der Kinderzulagen**
  - **Abschaffung der Krankenkassenprämien für Kinder**
  - **Ergänzungsleistungen für Familien**
  - **Finanzierung von familienexternen Kinderbetreuungsstätten**
  - **Forderung eines Elternurlaubs**
  - **Bezahlte Tagesschulen mit Mittagstisch**
- Auch diese Forderungen kosten Milliarden Franken, neue Abgaben und Steuern.**

#### Mutterschaftsversicherung

Die Linken haben der Mutterschaftsversicherung und damit einer weiteren Sozialversicherung zum Durchbruch verholfen. Damit nehmen sie der arbeitenden Bevölkerung wieder **500 Millionen Franken** zusätzlich aus der Tasche.

#### Vereinheitlichte Familienzulagen

Die Linken haben der Vereinheitlichung der Familienzulagen zum Durchbruch verholfen: mindestens 200 Franken pro Kind und 250 Franken pro Jugendlichen in Ausbildung. Damit nehmen sie der arbeitenden Bevölkerung wieder **600 Millionen Franken** zusätzlich aus der Tasche.

#### AHV-Finanzierung

«Und schliesslich: Die permanente Panikmache über eine angeblich unsichere und nicht mehr finanzierbare Altersvorsorge behindert den wirtschaftlichen Aufschwung massiv. Wer Angst vor der Zukunft hat, spart sein Geld und gibt es nicht aus. Das gilt für den Konsum der Leute und die Investitionen der Firmen gleichermaßen.»<sup>121</sup> Die Deckungslücken der AHV sind kein Hirngespinnst, sondern in wenigen Jahren Realität.<sup>122</sup>

#### Senkung des Pensionsalters auf 62 Jahre

Pensionsalter auf 62 Jahre senken: Damit nehmen die Linken den Bürgerinnen und Bürgern wieder eine Milliarde Franken zusätzlich aus der Tasche.<sup>123</sup>

<sup>120</sup> Vgl. die «Neue Zürcher Zeitung» vom 10. November 2006. Die Forderungen des SP-Präsidenten Hans-Jürg Fehr sind mit denjenigen der Gewerkschaften praktisch identisch: «Die Schweiz braucht eine wirksame Familienförderung. Das kostet Geld. Im abgelehnten Steuerpaket war dafür eine Milliarde Franken vorgesehen. Dahinter gehen wir nicht zurück. Finanziell entlastet werden Familien am wirkungsvollsten dadurch, dass die Kinderzulagen erhöht, die Krankenkassenprämien für Kinder abgeschafft und Ergänzungsleistungen für Familien eingeführt werden. Geld braucht es auch für familienexterne Kinderbetreuungsstätten» («Tages-Anzeiger», 13. August 2004).

<sup>121</sup> SP-Papier «Wachstumspolitik: Nach den Worten die Taten», S. 2 (Pressekonferenz vom 27. Februar 2004).

<sup>122</sup> Dies ist im Schuldenbericht des Bundesrates (Bericht des Bundesrates über die Schuldenentwicklung der öffentlichen Haushalte) klar ersichtlich. Ohne massive Gegenmassnahmen werden die Kapitalkonti der AHV (59,2 Mrd. Fr.), der IV (67,7 Mrd. Fr.) und der EO (Guthaben 3,3 Mrd. Fr.) bis 2025 einen Fehlbetrag von 123,7 Mrd. Fr. aufweisen, d.h. fast gleich hoch verschuldet sein wie heute bereits der Bund.

<sup>123</sup> Vgl. die Aussagen von Hans-Jürg Fehr in der «Zürichsee-Zeitung» vom 10. November 2006.

## **Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV» (Kosa-Initiative)**

SP-Initiative, die Zugriff auf die Gewinne der Nationalbank nehmen wollte.<sup>124</sup> Mindestens eine Milliarde Franken sollte in die AHV fliessen. Die bisherigen Nutzniesser (Kantone) hätten die Ausfälle grösstenteils mit neuen Steuern kompensieren müssen. Ausserdem wäre die Unabhängigkeit der Nationalbank nicht mehr gewährleistet gewesen.

## **Volksinitiative für eine soziale Einheitskrankenkasse**

Einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien, was letztlich auf eine versteckte Einführung einer Gesundheitssteuer hinausläuft.<sup>125</sup>

## **Entwicklungshilfe**

«Die Schweiz muss die öffentlichen Mittel für die Entwicklungshilfe bis 2010 auf 0,7% und bis 2015 auf 1,0% des Bruttonationaleinkommens (BNE) erhöhen (Stand in den Jahren 2006 und 2007 aufgrund statistischer Tricks: 0,40%)».<sup>126</sup> Das nominelle Bruttonationaleinkommen der Schweiz wird 2007 rund 500 Milliarden Franken betragen und bis 2010 auf rund 550 Milliarden Franken ansteigen. Bezogen auf diesen Betrag müsste die Schweiz 3850 Millionen in die Drittweltländer schicken, bis 2015 wären es nach den SP-Plänen rund 7 Milliarden Franken. Gegenüber dem heutigen Stand bedeutet dies für die Steuerzahler zusätzliche Lasten von 2 bis 5 Milliarden Franken.

## **8.4 Missbräuche werden verleugnet**

In den fatalen Neunzigerjahren wurde der Missbrauch auf allen Ebenen geduldet, wenn nicht sogar gefördert. Die Linken und ihre Mitläufer leugnen selbst den offensichtlichsten Missbrauch.<sup>127</sup> Die Linken profitieren vom Missbrauch und vom ausufernden Sozialstaat: Sie hocken im Sozialfilz und lassen sich ihre «soziale» Arbeit fürstlich bezahlen.

«Scheininvalid ist ein saublöder Begriff, der nichts aussagt.»

*Colette Nova, Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
(«Weltwoche», 22. April 2004)*

Die roten und grünen Politiker blockierten und blockieren Lösungen. Sie verhindern eine Politik, die auf positive Anreize setzt. Die rot-grünen Parteien wollen die Menschen lieber in staatliche Abhängigkeit bringen. Die SP hat den Schlamassel, in welchem die Invalidenversicherung steckt, denn auch massgeblich zu verantworten (SP-Trio Ruth Dreifuss, Otto Piller, Beatrice Breitenmoser).

«Für mich ist das kein Missbrauch, wenn einer das System geschickt ausnützt.»

*IV-Chefin Beatrice Breitenmoser (SP) in der  
«Rundschau» (SF DRS, 8. Oktober 2003)*

Dass die Geschäftsleitung der SP die Nein-Parole zur 5. IV-Revision beschlossen hat, spricht Bände. Die Bekämpfung der Scheininvalidität scheint die SP nicht zu interessieren.

### **Invalidenversicherung:**

**Neurentenbezüger 2004: total 28 077**

**Neurentenbezüger 2005: total 24 822**

60 % an Schweizer in der Schweiz (14 826)

24 % an Ausländer in der Schweiz (6061)

1 % an Schweizer im Ausland (304)

15 % an Ausländer im Ausland (3631)

**IV-Rentenbezüger 2006: total 298 684**

Ausländer in der Schweiz: 67 766

Ausländer im Ausland: 36 942

<sup>124</sup> Die Initiative wurde am 24. September 2006 mit 58,3% Nein-Stimmen verworfen.

<sup>125</sup> Die Initiative wurde am 11. März 2007 mit 71,2% Nein-Stimmen verworfen.

<sup>126</sup> SP-Wahlplattform 2007, S. 9.

<sup>127</sup> Vgl. auch die Aussagen von IV-Chefin Beatrice Breitenmoser (SP): «Missbräuche sind Einzelfälle» («St. Galler Tagblatt», 19. Januar 2004) bzw. «Ich schlafe sehr gut, weil ich finde, die IV sei eine sehr gute Sozialversicherung» («Tages-Anzeiger», 5. Juni 2003). Als der damalige Nationalrat Christoph Blocher die vielen Scheininvaliden kritisierte, schrieb der linke «Blick»: «So verdreht Blocher die Wahrheit.» Der «Blick» gestand bloss «vereinzelte Missbräuche» ein (25. Juli 2003).

## 9. Drogenpolitik auf Abwegen

Die Linke zusammen mit verbündeten Kreisen der Mitte versucht seit 1990 systematisch die Drogenpolitik zu reformieren. **Drogen werden verharmlost.** Sie sollen legalisiert und vom Staat mit einer Drogenbürokratie kontrolliert werden.

Alt Gesundheitsministerin Ruth Dreifuss und alt BAG-Direktor Otto Piller (beide SP) haben dafür gesorgt, dass das staatlich abgegebene Heroin heute von der Grundversicherung der Krankenkassen bezahlt werden muss. **Ziel ist nicht die Abstinenz, sondern der Aufbau einer staatlichen Betreuungsinfrastruktur.**

Auch die gesundheitsschädigenden Folgen des Cannabiskonsums werden von der Linken systematisch verharmlost. Die SP fordert eine Überwindung der «Einteilung in legale und illegale Substanzen»<sup>128</sup>. Der **Cannabiskonsum soll mittels Volksinitiative legalisiert** werden: «Der Konsum psychoaktiver Substanzen der Hanfpflanze sowie ihr Besitz und Erwerb für den Eigenbedarf sind straffrei. Der Anbau von psychoaktivem Hanf für den Eigenbedarf ist straffrei.»<sup>129</sup> Die Auswirkungen von Cannabiskonsum sind stark negativ. Cannabis ist eine Droge und kann psychisch und physisch krank machen.

Drogenabhängigkeit und Drogenrausch tangieren direkt oder indirekt die persönliche Umgebung eines Drogenabhängigen wie auch sein weiteres Umfeld, insbesondere im Strassenverkehr. Die schädlichen Folgen des Konsums bestätigt sogar der Initiativtext der Hanf-Initiative: «Der Bund erlässt Vorschriften über ...()... Handel mit psychoaktiven Substanzen der Hanfpflanze.»<sup>130</sup>

Da die Linke genau über die schädlichen Auswirkungen ihrer Drogenpolitik Bescheid weiss, fordert sie staatliche Präventionsmassnahmen, welche Bürokratie schaffen, aber nichts nützen. Statt die Bevölkerung mittels Repression vom Konsum von Drogen abzuhalten, fordert die SP eine «Marktregulierung»<sup>131</sup>. Damit entstehen wieder zahlreiche Jobs im Sozialbereich, welche mit der SP-Klientel besetzt werden sollen. Die **Kostenfolgen des Drogenkonsums steigen weiter in die Höhe.** Bereits heute trägt die schweizerische Volkswirtschaft **Kosten von rund 4,1 Mrd. Franken** pro Jahr.<sup>132</sup>

In ihrem neuesten Drogen-Grundlagenpapier geht die SP noch weiter: Der Konsum sämtlicher Drogen soll straffrei möglich sein. «Wir wollen», sagt die SP-Fraktionschefin Ursula Wyss, «den straffreien Konsum von Suchtmitteln für Erwachsene.»<sup>133</sup> Und zwar von allen Suchtmitteln. Es geht hier nicht nur um Alkohol oder Tabak, die süchtig machen können. Sondern um alle Drogen. Von Haschisch bis Heroin. Wer 18 Jahre alt ist, soll in der Schweiz kiffen, fixen, koksen, synthetische Drogen konsumieren können, ohne irgendwie von der Polizei deswegen belangt werden zu können.

Umso absurder mutet es an, dass die SP die Parlamentarische Initiative Gutzwiller unterstützt, welche über das Arbeitsgesetz ein totales Rauchverbot fordert. Haschisch soll also legalisiert, Rauchen hingegen verboten werden – wo bleibt hier die Logik?

<sup>128</sup> Suchtpolitisches Grundlagenpapier der SP, «Zwischen Bevormundung und Laisser-faire», 5. Dezember 2006, S. 3.

<sup>129</sup> Wortlaut des von der Eidgenössischen Volksinitiative «für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» vorgeschlagenen Art. 105a (neu) Abs. 1 und 2 BV.

<sup>130</sup> Wortlaut des von der Eidgenössischen Volksinitiative «für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» vorgeschlagenen Art. 105a (neu) Abs. 3 BV.

<sup>131</sup> Suchtpolitisches Grundlagenpapier der SP, «Zwischen Bevormundung und Laisser-faire», 5. Dezember 2006, u.a. S. 22 f.

<sup>132</sup> SFA, <http://www.sfa-ispa.ch/index.php?IDtheme=100&IDarticle=1284&langue=D>

<sup>133</sup> «Aargauer-Zeitung», 7. Dezember 2006

# 10. Naive Energiepolitik

Während andere Staaten wie Frankreich, die USA oder China eine offensive Energiepolitik betreiben, glaubt die Linke mit **naiven Energiekonzepten** die Versorgung sicherzustellen: In Basel lässt die rot-grüne Regierung im Boden herumbohren, um die Erdwärme zu nutzen und beteiligt sich mit mehreren Dutzend Millionen Franken an diesem Projekt. Das Resultat: mehrere Erdbeben in Basel mit einer Stärke von bis zu 3,5.

Die Linke will Millionen Franken in praktisch wirkungslose Projekte stecken (Sonnenenergie in der Schweiz...). Bei den erneuerbaren Energieformen ist primär die Wasserkraft zu nutzen. Ansonsten senken bauliche Massnahmen den Energieverbrauch am effektivsten.

Was wir brauchen, ist eine **sichere und kostengünstige Energieversorgung**. Die Linken verhindern mit ihrer **ideologischen Blockadepolitik** die weitere Nutzung der Kernenergie.<sup>134</sup> Die SP spricht Klartext: «Die SP verurteilt das Bekenntnis des Gesamtbundesrates zur Atomenergie. Sie sagt konsequent NEIN zur teuren und gefährlichen Atomenergie. AKWs sind überhaupt nicht notwendig.»<sup>135</sup>

Die vorzeitige Stilllegung der Kernkraftwerke (KKW) vernichtet grosse volkswirtschaftliche Werte und kostet bis zu 40 Milliarden Franken, wenn die Stromlücke mit neuen Gaskraftwerken gedeckt werden müsse. Eine Umstellung auf Alternativenergien kostet gar bis zu 60 Milliarden Franken. **Tausende von Arbeitsplätzen würden vernichtet**, die Nuklearforschung wäre gefährdet. Weiter würde die **Auslandabhängigkeit** steigen, da die Schweiz teuren Windstrom aus Deutschland oder gar Strom aus französischen KKW importieren müsste. Bei einer Stromproduktion aus Erdgas verschlechtert sich die CO<sub>2</sub>-Bilanz.

Der Umweltschutz ist ein zu wichtiges Anliegen, um es den Linken zu überlassen. Denn statt die heissen Eisen anzufassen, wärmen diese sich lieber daran: Sie unterhalten eine

ständige Hysterie um Waldsterben, Ozonloch, Feinstaub, sauren Regen, Klimakatastrophe, haben aber noch nie ein einziges Problem gelöst. Umweltgerechte Lösungen brachte vielmehr der technisch-wissenschaftliche Fortschritt: Kläranlagen, Brennstoffzellen, Katalysatoren, schadstoffarme Brenner, Filteranlagen, phosphatfreie Waschmittel, Diesel- und Hybridmotoren, Biomasse usw. Nicht Verteuerung, Verbote oder Geschwindigkeitsreduktionen bringen uns im Umweltschutz voran, sondern Wohlstand, Wachstum, Forschung und Fortschritt.

<sup>134</sup> So etwa mit der Volksinitiative «Strom ohne Atom – Für eine Energiewende und schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke (Strom ohne Atom)». Am 18. Mai 2003 wurde dieses Volksbegehren mit 66,3% Nein-Stimmen abgelehnt. Alle fünf Schweizer Kernkraftwerke sollten laut dieser Initiative rasch stillgelegt werden. Die ältesten KKW Beznau I und II sowie Mühleberg wären spätestens zwei Jahre nach Annahme der Initiative vom Netz genommen worden, also 2005. Gösgen und Leibstadt wären nach 30 Betriebsjahren abgestellt worden, also 2009 und 2014.

<sup>135</sup> Vgl. die Medienmitteilung der SP vom 21. Februar 2007.

# 11. Verkehrspolitik: Linkes Fiasko

## 11.1 Verzögerung beim Strassenbau – das Ergebnis linker Verkehrspolitik

Ende der Fünfzigerjahre wurde in einer Volksabstimmung der Bund ermächtigt, gesetzliche Bestimmungen zur Sicherstellung von Bau und Unterhalt eines Netzes von Nationalstrassen zu erlassen. 1960 wurde mit einer Bauzeit für das ganze Netz von 20 Jahren und mit Gesamtkosten von über 4 Mrd. gerechnet.<sup>136</sup> Seit diesem Beschluss wurde das Programm mehrmals angepasst und überarbeitet. Die letztmalige Überarbeitung erfolgte 2003. Darin wird mit der Fertigstellung des beschlossenen Netzes im Jahre 2019 gerechnet.<sup>137</sup> Anstelle der geplanten 20 Jahre soll nun die Fertigstellung mehr als das Dreifache, nämlich 60 Jahre, betragen!<sup>138</sup>

Eine solche unverantwortliche Politik blieb leider nicht ohne Folgen. Ein erheblicher Teil der Verkehrsprobleme spielt sich heute auf Nationalstrassen in den Agglomerationen ab. Die

## 11.2 Milliarden schwere Verluste durch Staus

Staus verursachen milliardenschwere Verluste für die Wirtschaft und belasten überdies die Umwelt.

Verantwortlich für dieses Schlamassel und die massive Zeitüberschreitung ist die **fundamentale Opposition linker Kreise gegen die Fertigstellung und den Ausbau des Nationalstrassennetzes**. Anstatt sich um diese dringlichen Vorhaben zu kümmern, eiferte der Vorsteher des UVEK lieber überholten Verkehrsvisionen nach. Die **Gelder der Mineralölsteuer wurden systematisch zweckentfremdet und flossen zum grössten Teil in Verkehrsvorhaben des öffentlichen Verkehrs (NEAT, FinöV, Lärmschutz- und Verkehrsberuhigungsmassnahmen, Trassenpreise sowie Förderung des Langsamverkehrs)**.

Statistik der Staustunden seit dem Amtsantritt 1996 von BR Leuenberger im UVEK zeigt dies deutlich:

### Stauzeiten auf Nationalstrassen

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001 <sup>139</sup>	2002 <sup>140</sup>	2003	2004	2005
Verkehrsüberlastung	1292	1433	1714	1996	3413	4308	5890	8192	7669	7151	6835
Unfälle	1101	1474	1865	1865	2149	1753	1887	1919	1897	1574	1510
Baustellen	747	820	1160	1418	1212	1037	1128	1252	1670	1943	2574
Andere Ursachen	174	255	398	361	688	637	295	203	188	87	56
Total	3314	3982	5137	5640	7462	7711	9200	11 563	11 413	10 755	10 975

Quelle: Bundesamt für Strassen (Astra)

<sup>136</sup> Die Schweizer Autobahn, Martin Heller und Andreas Volk, Publikation zur Ausstellung, Museum für Gestaltung, Zürich 1999 (Amtliches stenographisches Bulletin der Bundesverwaltung. Nationalrat. Frühjahrssession 1960, 2. Tagung der 36. Amtsdauer. Bern: Verbandsdruckerei).

<sup>137</sup> 7. langfristiges Bauprogramm für die Nationalstrassen, UVEK Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie, Kommunikation 2003.

<sup>138</sup> Die Fertigstellung dürfte sich aufgrund von Entlastungsmassnahmen und weiterer Zweckentfremdung der Strassengelder für den öffentlichen Verkehr weit über das Jahr 2020 verzögern.

<sup>139</sup> Wegen Unterhaltsarbeiten ist eine Belchenröhre geschlossen; im Gotthardstrassentunnel gilt aufgrund des schweren Unglücks von Ende 2001 ein Kreuzungsverbot für Lastwagen.

<sup>140</sup> Am 16. Mai 2003 ist die dritte Röhre des Baregg隧nels eröffnet worden.

Durch den konstanten Druck der SVP konnten im Verkehrsbereich mit der Engpassbeseitigung zumindest Teilerfolge erzielt werden:

Dank der Eröffnung der dritten Tunnelröhre am Baregg und dem Abschluss der Sanierungen am Belchen und im Raum Luzern ist die **Überlastung der Nationalstrassen** im Jahr 2004 insgesamt **um 6% zurückgegangen** (im Grossraum Baregg gar um 30,4%).<sup>141</sup> Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als in derselben Zeitspanne das **Verkehrsvolumen auf den Nationalstrassen um 3% angestiegen ist**.

### 11.3 Linke Lügen bei der Verlagerungspolitik

Die drängenden Probleme beim Strassenverkehr, welche sich in stetig steigenden Staus sowohl in den Agglomerationen als auch bei den Nord-Süd-Achsen bemerkbar machten, wurden während mehr als zehn Jahren vom BAV und Bundesrat Moritz Leuenberger (SP) geflissentlich ignoriert.

Stattdessen wurden Milliarden von Steuergeldern und Abgaben in die Verkehrsverlagerung investiert<sup>142</sup> mit dem Hinweis, dieses Vorgehen sei mit unseren Nachbarländern abgesprochen und sei Teil eines gesamteuropäischen Verkehrskonzepts. Leider entspricht diese Aussage nicht der Wahrheit. Der ehemalige deutsche Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe hat dies am Verkehrsforum 2003 der LITRA denn auch klar gemacht: «Allerdings wollen wir uns bei der Diskussion gar nicht erst der Illusion hingeben, der Schienenverkehr könnte den Transport auf der Strasse ersetzen. Wir wissen, dass das nicht geht. Die Strasse bleibt europaweit Verkehrsträger Nummer 1. Deshalb ist es notwendig, die Leistungsfähigkeit der Strasse zu erhalten bzw. zu erhöhen».<sup>143</sup>

**Die EU hat andere Ziele als unser Verkehrsminister: Von einem abgesprochenen Vorgehen und einem gesamteuropäischen Verkehrskonzept kann nicht die Rede sein.** Die Aussage von alt Bundesverkehrsminister Manfred Stolpe gewinnt zusätzliche Brisanz, wenn man bedenkt, dass gemäss Landverkehrsabkommen mit der EU kein Verkehrsmittel benachteiligt werden darf. Es wird also nicht möglich sein, einseitige Massnahmen der Schweiz in der Verkehrsverlagerung umzusetzen. Die Verlagerung auf die Schiene

bleibt ohnehin eine Illusion, da die angrenzenden Nachbarländer die Zubringerdienste für den Alpen transit noch gar nicht gebaut haben respektive vielleicht gar nie bauen werden.

Während für den Ausbau bzw. die Fertigstellung des inländischen Strassennetzes oft die Mittel fehlen, wollen die Linken dem europäischen Ausland über eine **halbe Milliarde Steuergelder für den Ausbau von Eisenbahnprojekten** (z.B. mehrere Linien nach Paris, Elektrifizierung Schweiz – München) zur Verfügung stellen, obwohl sogar der ehemalige SP-Eisenbahnverantwortliche Benedikt Weibel vor kostspieligen, unrentablen Überkapazitäten im öffentlichen Verkehr warnt. Geradezu absurd ist die Frage der Linienführung in der Südschweiz. Hier sind weder die Linienführung mit Italien noch die milliardenschwere Zusatzfinanzierung geklärt. **Auch hier steht links-grüne Ideologie über dem Marktbedürfnis und der Wirtschaftlichkeit.**

<sup>141</sup> Siehe Grafik Stautunden auf Nationalstrassen.

<sup>142</sup> Die Eisenbahnen fahren – volkswirtschaftlich betrachtet – jährlich ein Milliarden-Defizit ein: so z.B. 2003 7,87 Mrd. Franken! (Wenn die Eisenbahnen wie jeder andere Betrieb auch alle Investitionen selber bezahlen müssten, die Pensionskasse selber finanzieren und ohne Milliarden-Subventionen auskommen müssten).

<sup>143</sup> LITRA, 68. Jahresbericht 2003/2004, Verkehrschronik, S. 24.

## 11.4 Bussenterror – Abzocken mit System

Der Autofahrer ist ein williges Opferlamm. Abgaben wie Mineralölsteuer, LSVA, Vignetten sowie KfZ-Steuern werden zum Grossteil nicht für den Strassenverkehr, sondern für Projekte des öffentlichen Verkehrs oder andere sachfremde Projekte verwendet. Damit nicht genug. Mit immer dreisteren Mitteln und Methoden werden weitere Finanzierungstöpfe gesucht. So sind z.B. unter dem Deckmantel der Verkehrssicherheit die Busseneinnahmen der Kantone in den letzten Jahren stark angestiegen, wie auch folgende Statistik zeigt:

Die immer stärker werdende Belastung des Strassenverkehrsteilnehmers hat dabei System. Und es sind noch weitere Projekte in den Schubläden der linken Verkehrsplaner zu finden. Massnahmen wie Road-Pricing oder eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffe würden zusätzliche massive Belastungen für den Individualverkehr bedeuten, und auch dieses Geld würde wiederum nicht in den Strassenverkehr zurückfliessen, sondern zweckentfremdet dem öffentlichen Verkehr zugutekommen.

### Entwicklung der Bussen in Mio. Franken (grobe Schätzung bzw. Hochrechnung, eher konservativ)

1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
300	330	330	360	365	370	400	420	430	450	460	465

Quelle: Vademecum 1996 – 2007 **strasseschweiz**

## **11.5 Konzentrierte Angriffe auf den motorisierten Individualverkehr**

Der motorisierte Individualverkehr ist seit längerer Zeit ein beliebtes Ziel der Linken. Namentlich die Verkehrspolitik in den grösseren Schweizer Städten bringt dies zum Ausdruck: Mit unnötigen Schikanen sollen die Autofahrer aus der Stadt vertrieben werden.

Die Linken unternehmen alles, um den Autofahrern das Leben ungemütlich zu machen:

- **enorme Parkgebühren**
- **Bau von Schwellen, Posten und Hindernissen**
- **Flächendeckende Tempo-30-Zonen**
- **Einrichtung von immer mehr Einbahnstrassen**
- **Aufstellen unzähliger mobiler Radarfallen zum Füllen der Staatskasse**

Im Grünen Manifest heisst es: «Wir Grüne bevorzugen autofreie, lebendige Quartiere und Städte. Wir engagieren uns für Velowege in einer gesunden Umgebung, Fussgängerzonen und attraktive, umweltschonende und günstige öffentliche Verkehrsmittel. Die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel muss in jedem Fall kostengünstiger sein als die Fahrt im Privatauto».<sup>144</sup>

Die Grüne Partei befürwortet auch eine «massive Erhöhung des Treibstoffzolls» sowie eine «massive» Besteuerung des Kerosens.<sup>145</sup> Den vorläufigen Höhepunkt bildet das Engagement der Jungen Grünen Partei, welche mittels einer Volksinitiative die «Offroader» verbieten möchte.<sup>146</sup>

---

<sup>144</sup> Manifest der Grünen Schweiz, «Eine andere Welt ist möglich», 24. August 2002, S. 4.

<sup>145</sup> Manifest der Grünen Schweiz, «Eine andere Welt ist möglich», 24. August 2002, S. 4.

<sup>146</sup> Volksinitiative für menschenfreundlichere Fahrzeuge.  
Vgl.: [www.menschenfreundlicher.ch](http://www.menschenfreundlicher.ch)

# IV. Anhang: Zahlen, Daten, Fakten

Der Staat frisst immer mehr das Geld der Bürger weg. Heute sind das schon fast vier von zehn in der Schweiz erwirtschafteten Franken.

<b>Staatsquote</b>	1990	30,0 %
	2000	33,9 %
	2005	36,9 %

Die heutige Politik lebt schamlos auf Pump, auf Kosten unserer Nachkommen.

<b>Verschuldung Bund</b>	1990	38,5 Milliarden Franken
	2000	108,8 Milliarden Franken
	2003	123,7 Milliarden Franken
	2005	130,3 Milliarden Franken

## **Verschuldung Bund, Kantone und Gemeinden<sup>147</sup>**

1990	97 731 Millionen Franken
2000	207 422 Millionen Franken
2004	246 454 Millionen Franken

## **Verschuldung Bund, Kantone und Gemeinden in % des BIP**

1990	29,9 %
2000	49,9 %
2004	55,4 %

## **Bevölkerungsentwicklung Schweiz<sup>148</sup>**

1990	6,751 Millionen
2000	7,204 Millionen
2004	7,415 Millionen

## **Verschuldung pro Kopf (Bund, Kantone, Gemeinden)**

1991	14 477 Franken
2000	28 793 Franken
2004	33 237 Franken

## **Passivzinsen Bund**

1990	1832 Millionen Franken
2000	3489 Millionen Franken
2005	3577 Millionen Franken

(Der Bund gibt heute 7 % seiner Ausgaben für Passivzinsen aus. Zum Vergleich: Nur 2,9 % für die Rüstung und 11,3 % für Investitionen.)

In den Neunzigerjahren sind in der Schweiz die **Steuerlasten** mehr gestiegen als in jedem anderen Industrieland der Welt.

## **Fiskalquote**

1990	26 %
2000	30,5 %
2004	29,4 %

Die **absoluten Fiskaleinnahmen** steigen und steigen. Das ist alles Geld, das den Menschen zum Leben und der Wirtschaft zum Investieren fehlt.

## **Fiskaleinnahmen<sup>149</sup>**

1990	83,161 Milliarden Franken
2000	130,882 Milliarden Franken
2004	134,224 Milliarden Franken

<sup>147</sup> BFS, EFV.

<sup>148</sup> BFS, Bevölkerungsentwicklung.

<sup>149</sup> Öffentliche Finanzen der Schweiz 2004, S. 6.

Die **Ausgabenpolitik des Bundes** kennt keine Grenzen. Die Schweiz lebt über ihre Verhältnisse. Die Schweiz lebt auf Pump und verschleudert das Vermögen der kommenden Generationen:

<b>Ausgaben Bund</b>	1990	31,6 Milliarden Franken
	2000	48,2 Milliarden Franken
	2005	51,4 Milliarden Franken

#### **Ausgabenquote Bund** (bezogen auf BIP)

	1990	9,7 %
	2000	11,6 %
	2005	11,5 %

#### **Brutto-Verschuldungs-Quote** (Bund)

	1990	11,8 %
	2000	25,3 %
	2006	28,7 %

Unter der Führung des SP-Trios Dreifuss/Piller/Breitenmoser **lief die Invalidenversicherung vollends aus dem Ruder.** Statt die IV-Missbräuche abzustellen, werden die Missbräuche geleugnet. Mit fatalen Folgen, wenn wir die IV-Ausgaben, die Verschuldung der IV und die massiv höhere Zahl von IV-Bezügern anschauen:<sup>150</sup>

<b>IV-Ausgaben</b>	1990	4,1 Milliarden Franken
	2000	8,7 Milliarden Franken
	2003	10,7 Milliarden Franken
	2006	11,2 Milliarden Franken

<b>IV-Rentenbezüger</b>	1990	164 329
	2000	228 714
	2006	298 684

<b>IV-Ergebnisse</b>	1990	plus 278 Millionen Fr.
	2000	minus 820 Millionen Fr.
	2006	minus 1556 Millionen Fr.

<b>IV-Verschuldung</b>	1990	plus 6 Millionen Fr.
	2000	minus 2305 Millionen Fr.
	2006	minus 9330 Millionen Fr.

(Trotz Einschüssen der EO von 2,2 Mrd. 1998 und 1,5 Mrd. 2003 sowie einer Erhöhung der Lohnprozente im Jahr 1995 von 1,2 auf 1,4%, was zusätzlichen Einnahmen bis Ende 2006 in der Höhe von knapp 20 Milliarden Franken entsprach.)

#### **Häufigkeit als IV-Ursache in der Schweiz:**<sup>151</sup>

Psychose/Psychoneurose

	1990	26 418
	2000	60 740
	2005	91 590

Knochen/Bewegungsorgane

	1990	24 915
	2000	42 189
	2005	53 981

Kinderrenten:

IV-Kinderrente (Vater)	2006	595 Franken/Monat
IV-Kinderrente (Mutter)	2006	585 Franken/Monat
Durchschnittlicher FamZG	2006	196.50 Franken/Monat

#### **Einstiegsgründe für IV-Renten:**

Soziale Phobie, Internet-Sucht, erhöhter Cholesterinspiegel, Übergewicht, Menopause, Weichteilrheumatismus, Reizdarmsyndrom, Schlafstörungen, Verstopfungen, Burnout-Syndrom, Hyperaktivität, starkes Schwitzen, Entwurzelungssyndrom, psychosoziale Depression, Tinnitus (Pfeifen im Ohr) oder Vitaminmangel.<sup>152</sup>

<sup>150</sup> Quelle IV-Statistiken BSV.

<sup>151</sup> IV-Statistiken BSV.

<sup>152</sup> Referat von Bundesrat Christoph Blocher vor der «Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft» in Zürich, 25. Oktober 2004.

### Entwicklung der Krankenkassenprämien:<sup>153</sup>

	Erwachsene	Junge Erwachsene
1996	173	115
1997	188	125
1998	197	125
1999	204	130
2000	212	135
2001	223	150
2002	245	172
2003	269	199
2004	280	213
2005	290	225

### Ausgaben Bund für Soziale Wohlfahrt

1990	6865 Millionen (21,7% der Gesamtausgaben des Bundes)
2000	12 281 Millionen (26,1% der Gesamtausgaben des Bundes)
2005	14 143 Millionen (27,5% der Gesamtausgaben des Bundes)

### Ausgaben für Soziale Wohlfahrt in der Schweiz:<sup>154</sup>

1990	64,5 Milliarden Franken
2000	113,7 Milliarden Franken
2003	129,6 Milliarden Franken

### Anstieg der Entgelte (vor allem Gebühren) für Bund, Kantone und Gemeinden

1990	12 849 Millionen Franken
2000	20 985 Millionen Franken
2004	24 397 Millionen Franken

### Entgelte (vor allem Gebühren) pro Kopf (Bund, Kantone und Gemeinden)

1990	1903 Franken
2000	2913 Franken
2004	3290 Franken

### Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuern) pro Kopf

1990	2366 Franken
2000	3534 Franken
2004	3711 Franken

### Steuern für Bund, Kantone und Gemeinden pro Kopf

1990	12 318 Franken
2000	18 252 Franken
2004	18 101 Franken

<sup>153</sup> Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2003.

<sup>154</sup> BFS, Gesamtrechnung der Sozialen Sicherheit vom 29. Mai 2006.

